

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Mengensteuerung: Marktmacht in Bauernhand



Foto: Herzog

Mensch, Macht, Markt

So unterschiedlich landwirtschaftliche Märkte aussehen, so einig sind sich Bäuerinnen und Bauern in der Analyse der Probleme und dem Ausweg: Die Mengensteuerung gehört in bäuerliche Hand! Dazu der Kommentar auf Seite 2 und die Seiten 11 - 14

Tierhaltung

Wege weg von der agrarindustriellen Tierhaltung beinhalten auch eine Fütterung mit einheimischen Eiweißfuttermitteln und ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz. Ob das neue Tierschutzlabel dazu beiträgt bleibt abzuwarten auf den Seiten 10, 17, 18

Agrarreform

Noch mehr Vorschläge und Reaktionen zur EU-Agrarreform und erste Ideen, welche Auswirkungen sich auch international ergeben, eine Länderagrarministerkonferenz und die Ergebnisse der AbL-Fleisch-Tagung auf den Seiten 4, 5 und 6

Die Seite 3

Neues Gesetz beantwortet kaum die alten Fragen.....3

Agrarpolitik

AMK: Noch geht es nicht los.....4

Von der Marktordnung zur Erzeugerbündelung.....5

Europa ist Flächenimporteuer.....7

Tierhaltung

Fleisch in Maßen statt in Massen.....6

Antibiotika in der Tierhaltung.....10

Neue Tierschutzkennzeichnung für mehr Absatz.....18

Bewegung

Keine Rente ohne Hofabgabe.....7

Neues von Erbse, Bohne und Co.....17

Schwerpunkt

Menschen und Macht, Schweine und Milch.....11

Das Land in die Hand der Bauern.....12

Einheimische Leguminosen statt Soja aus Übersee.....13

Ciolo nicht alleine lassen.....13

„... die Grenze zum Querdenken ausschöpfen...“.....14

Nachbau

Auswirkungen auf den Alltag.....15

Gentechnikfreier Pflanzkartoffelanbau.....15

Gentechnik

Aigner muss klagen.....16

Landleben

Zwei Tickets Afrika, hin und zurück.....20

Weitere Themen

Eine Weihnachtsgeschichte, Seite 9; Leserbrief, Ein Bauer erzählt, Seite 18-19; Lesen Seite, 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

„But a bold peasantry, their country's pride,
When once destroy'd, can never be supplied.“
Oliver Goldsmith, *The Deserted Village*, 1770 (*

Politische Kehrtwendungen sind zur Zeit nichts Außergewöhnliches. Das betrifft die Energie-, Schul- oder die Mindestlohnpolitik. Nur in der Agrarpolitik lassen sie noch auf sich warten. Zaghafte Ansätze in einzelnen Markt Bereichen sind als solche bereits außergewöhnlich. Kürzlich erhielt ich die Einladung zur Veranstaltung eines Zucht- und Nutztierunternehmens mit großen Produktionsstätten in Ostdeutschland. Neben vielen Themen aus der konventionellen Schweineproduktion hält ein Agrarreferent des BUND einen Vortrag zu „Tierschutzanforderungen für eine artgerechte Schweinehaltung“. Da reibt man sich die Augen. Dabei gibt es mittlerweile vielfältige Beziehungen von Tierschutz- und Umweltverbänden insbesondere zu Schlachtunternehmen.

Keine Kehrtwende, aber ein Novum war der Auftritt eines niederländischen 1.000-Sauenhalters auf der Abl-Mitgliederversammlung. Er zeigte die Grenzen des Wachstums in der

konventionell-industriellen Schweineproduktion und mögliche Gegenmaßnahmen auf. Die Erkenntnis wächst, dass liberalisierte Märkte ohne gestalterische Eingriffe aller Beteiligten keineswegs



Kommentar

Wandel durch Handel

der größtmögliche Beitrag zum Gemeinwohl sind. Das Fehlverhalten Einzelner wird nicht mehr durch den freien Markt ausgeglichen, wenn sich alle fehlverhalten. In der Finanzwirtschaft ist die Blase geplatzt. In der Schweineproduktion bläht sie sich noch, ebenso in der Milcherzeugung, – allen Warnungen des BDM zum Trotz. „Märkte, die nicht reguliert sind, zerstören sich selbst!“ Was auf dem Parteitag der CDU in Leipzig auf die Finanzkrise bezogen war, dürfte auch für Agrarmärkte, insbesondere in ihrer zunehmenden Metamorphose zu Finanzmärkten gelten.

Jenseits aller Marktliberalisierung reift die Erkenntnis, dass Mensch Markt machen muss. Die REWE-Group versucht es mit ihrem Label PRO PLANET umzusetzen, wenn sie behauptet: „Unsere Kunden bewegen mehr als ihren Einkaufswagen.“ Mit diesem Konzept will sich der Handelskonzern natürlich einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Nur billiger als der Konkurrent reicht offenbar nicht mehr, nachhaltiger sollen die Produkte sein. Das hat Auswirkungen auf die Zulieferer, auch wenn sich derzeit noch das nachhaltigere Produkt, z.B. die Tomate, durch den vorrangigen Einsatz von Marienkäfern zur Schädlingsbekämpfung ausweist. Es ist jedoch ein Hinweis auf Tendenzen, die unumkehrbar sein werden.

In der Fleischwirtschaft wird das wahrgenommen und von Schlachtunternehmen bei der Entwicklung von Labeln für tiergerechte Haltungsbedingungen der Kontakt zu Tier- und Umweltschutzorganisationen gesucht. Leider sind berufsständische Organisationen wie der Bauernverband oder Interessenvertreter der Schweineerzeuger nicht willig oder nicht fähig, sich in einen gesellschaftlichen Dialog einzubringen, dessen Ergebnisse für Bauern ökonomisch existenziell sein werden. Darum ist es umso wichtiger, dass die Abl die Aufgabe übernimmt, um neben Tier- und Umweltschutz z.B. in der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ die Interessen der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft einzubringen.

Dabei sind Eile, Engagement und Weitsicht geboten und keine Betriebe auszugrenzen, die über Jahrzehnte in eine Intensivlandwirtschaft hineingewachsen sind. 99 Prozent der Schweine werden konventionell, nur ein Prozent wird artgerecht gehalten. Ein bisher mageres Ergebnis, wo in den letzten zehn Jahren die Hälfte der Schweinehalter aufgegeben haben. Was zur Zeit in der Schweineerzeugung geschieht, ist kein Strukturwandel mehr. Es ist ein Strukturbruch, der nicht durch Umstellung auf nachhaltige Produktionsweisen abgefangen wird. Eine Zunahme artgerechter und biologischer Produktion in bäuerlichen Strukturen wird durch hohe Pachtzahlungen von Biogasanlagebetreibern und fremdfinanzierten Großbetrieben erschwert. REWE wirbt beim PRO PLANET-Label auch damit, die sozialen Bedingungen der Arbeiter vor Ort zu verbessern – z.B. bei Tomaten aus Spanien und Marokko. Umso bedeutender ist es, bei goldenen, silbernen und anderen Labeln z. B. in der Fleischwirtschaft, nicht nur Umwelt- und Tierschutzstandards zu formulieren, sondern ebenso soziale und strukturelle Kriterien einzuziehen. Die beteiligten Verbände tragen eine hohe Verantwortung.

Günther Völker, *Sauenhalter in Ostwestfalen*

(* Aber ein tapferer Bauernstand, seines Landes stolz, wenn einmal zerstört, kann niemals ersetzt werden.

Impressum **unabhängige bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Neues Gesetz beantwortet kaum die alten Fragen

Die Anpassung der Pflanzenschutzgesetzgebung an die EU-Vorgaben lässt Vieles offen

Es geht schon mit der Begrifflichkeit los. Ob man von Pestiziden oder Pflanzenschutzmitteln schreibt, weist auf eine eher kritische oder eher wohlwollende Haltung gegenüber Agrarchemikalien hin. Wenn es ein Pflanzenschutzgesetz in der EU und in Deutschland gibt, drückt das die grundsätzliche Zustimmung zu einer Landwirtschaft aus, die darauf basiert, die Kulturpflanzen mittels chemischer Substanzen auf Kosten von Wildpflanzen und -tieren zu schützen und auch gewisse negative Umweltwirkungen billigend in Kauf zu nehmen. Als es jetzt darum ging, die neuen EU-Regelungen zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und zu ihrer nachhaltigen Verwendung in ein nationales Gesetz für Deutschland zu gießen, wurde aber auch deutlich, dass jene Zustimmung unterschiedlich weit reichen kann. In der Rahmenrichtlinie zur nachhaltigen Verwendung nämlich macht die EU durchaus strengere und konkretere Vorschläge dazu, was sie denn darunter versteht, als das, was die schwarz-gelbe Bundesregierung nun durch den Bundestag getragen hat. Und auch die Tatsache, dass der Bundesrat vor seiner letzten Abstimmung eine Vielzahl von Änderungsanträgen eingebracht hat – die dann allerdings kaum Niederschlag im Gesetz fanden – zeigt, dass die konservativ-liberale Regierung schon sehr weit bei der Chemieindustrie und dem Bauernverband ist. Ob das auch heißt, nah bei den Bauern und Bäuerinnen, die in der Gesellschaft eine durchaus größer werdende Kritik gegenüber dem arglosen Einsatz von Spritzmitteln erfahren, sei dahingestellt.

Zonale Zulassung

Konkret ging es um zweierlei in der neuen Gesetzgebung: Zum einen soll zukünftig ein zonales Zulassungsverfahren für eine unbürokratischere und einheitlichere Genehmigung von neu auf den Markt kommenden Pflanzenschutzmitteln in der EU sorgen. Drei Zonen in Europa machen eine Landesgrenzen und -märkte einfacher überwindende Zulassung möglich. Die einzelnen Mitgliedsstaaten brauchen in der jeweiligen Zone zugelassene Mittel lediglich noch zu genehmigen. Bei dieser Genehmigung – so ein früher Vorschlag der Bundesregierung – sollte noch nicht einmal mehr das Umweltbundesamt (UBA) als Einvernehmensbehörde mitreden dürfen. „Eine Mehrfach-Beteiligung des Umweltbundesamtes in derselben Fragestellung im Rahmen einer Einvernehmensregelung erscheint uns überzogen. Neue Pflanzenschutzmittel bedeuten nicht mehr Gefährdungspotenzial, sondern optimierte Wirkstoffkombinationen bei reduziertem Aufwand. Dies sollten auch die

Oppositionsparteien irgendwann verstehen, wenn sie ihre ideologische Brille einmal absetzen. Die Einbeziehung von Umweltverbänden in die Gesetzesformulierung, wie es die SPD vorschlägt, lehnen wir dankend ab“, formulierte dazu der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, durchaus selbstbewusst. Am Ende war der Widerstand von allen Seiten zu groß, selbst Parteikollegen aus Bayern forderten im Bundesrat die Beibehaltung der Beteiligung des UBA, im neuen Gesetz ist sie wieder mit drin. Desweiteren bleibt zunächst abzuwarten, wie die zonale Zulassung in die Praxis umgesetzt wird, der Bauernverband warnt vor möglichen Wettbewerbsverzerrungen und der Lobbyverband der Pestizidindustrie, der Industrieverband Agrar (IVA), hofft auf eine Schließung von Schlupflöchern für illegale Chemikalien. Zu dieser Hoffnung trägt auch die Festlegung im neuen Gesetz bei, dass unerlaubter Vertrieb strafrechtlich verfolgt werden kann. Der Handel über das Internet hat hier in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Die Industrie muss sich aller-

Gefahren durch Pestizide. Wie genau das aussehen kann, will die Bundesregierung in den nächsten Jahren in einen nationalen Aktionsplan schreiben. Konkrete Vorschläge der Opposition und der Umweltverbände jetzt schon aufgreifen wollte sie offenbar nicht. So hatten unter anderem Politiker der Grünen sowie das Pestizid Aktions Netzwerk (PAN), der Naturschutzbund (NABU) und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) gefordert, die sogenannte gute fachliche Praxis, die als grundlegende Formulierung und Anwendungsanleitung für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erhalten muss, endlich einmal konkret mit Leben zu füllen.

Glaubenssätze

Bislang gibt es kaum greifbare Vorschriften, das Werk begnügt sich mit Glaubenssätzen und der Hoffnung auf das beste Wissen und Gewissen der Bauern und Bäuerinnen. Eine Konkretisierung würde auch die Argumentation gegenüber dem Verbraucher vereinfachen, wurde aber von den Gesetzgebern nicht angegangen. Ein weiterer von der EU möglich gemachter und von den Umweltverbänden,

ten Beifall. Auf diese Art und Weise bliebe eine Anzahl weiterer konkreter Verschärfungen im Sinne der Umweltbewegung auf der Strecke bzw. in vagen Formulierungen.

Industrie boomt

Derweil erfreut sich die chemische Industrie steigender Umsätze: „In den ersten neun Monaten dieses Jahres konnte die BASF durch positive Marktbedingungen in Form erhöhter Agrarrohstoffpreise und einer guten Liquidität in der Landwirtschaft weltweit ihre Absätze im Bereich ‚Agricultural Solutions‘ steigern. Einen besonderen Beitrag hierzu leistete die hohe Nachfrage nach Fungiziden. Dem Chemiekonzern BASF wird trotz Schuldenkrise und Konjunkturabschwung nicht bange um seine Pflanzenschutzsparte. In den kommenden Jahren plant der Konzern ein deutliches Wachstum für den Bereich. Pflanzenschutz ist eines der konjunkturrobusten Arbeitsgebiete, das hat sich auch in der Krise 2008/2009 gezeigt“, heißt es aus Ludwigshafen. „Besonders gut entwickelte sich die Sparte Pflanzenschutz. Hier stiegen die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent auf 1,76 Milliarden Euro. Zudem konnte Syngenta im dritten Quartal rund drei Prozent höhere Preise für Pflanzenschutzmittel durchsetzen, was ebenfalls zu höheren Einnahmen führte“, meldet die Schweiz. Seit die Preise für landwirtschaftliche Ernten wieder besser sind, lohnt es sich auch wieder mehr zu spritzen. Auf der weltgrößten Landtechnikmesse Agritechnica, die in Hannover gerade zu Ende gegangen ist, berichtet eine Mitarbeiterin der Firma Horsch, dass einer der führenden Spritzenhersteller, Dammann, ausverkauft sei und sie selbst davon nun profitierten, da ihre Spritzen im gleichen Preissegment lägen. Und die Technik sorgt für die nötige Effizienz. Im Trendbericht Pflanzenschutz der Agritechnica wird deutlich, dass die Entwicklung immer mehr hin zu selbstfahrenden Spritzen geht, mit denen auch dank moderner Düsenteknik und allerlei Federungskomfort immer schneller gefahren werden kann. Dass sich damit auch die Abdrift auf Nachbarschläge erhöht, wird zu Kenntnis genommen und folgendermaßen kommentiert: Man könne am Rand ja langsamer fahren. Macht das jemand, wenn es um Effizienzsteigerung geht? Reicht es aus, darauf zu bauen, dass der Mensch auf der Spritze ein Gewissen hat, oder in wie weit hat der Staat eine Verpflichtung, ihn durch Regeln auch vor sich selbst zu schützen? Auch darum geht es in der Pflanzenschutz- oder Pestizidgesetzgebung. cs



Pflanzenschutz in der Mitte der Gesellschaft

Foto: Schievelbein

dings auch die Frage stellen lassen, ob ein Teil der bei uns illegalen Substanzen nicht nach weniger strengen Standards produzierte Mittel für die laxeren Gesetzgebungen des Südens sind, die nun wie Bumerangs wieder zurückkehren.

Nachhaltige Verwendung

Der zweite Komplex der neuen Gesetzgebung ist die Umsetzung der Rahmenrichtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Ziel ist – wie auch bei der Zulassung – der Schutz des Menschen und der Umwelt vor möglichen

besonders aber auch von der Wasserwirtschaft eingeforderter Punkt sind Abstandsregeln oder die Einrichtung von Pufferzonen rund um Oberflächengewässer. Nach wie vor finden sich – auch nach Messungen von über ideologische Vorbehalte erhabene Institutionen – zu viele Pestizide im Grund- und Oberflächenwasser. Eine Verbesserung würde das Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln unmittelbar neben Flüssen und Seen bieten. Die Bundesregierung konnte sich nicht dazu durchringen, Industrie und Bauernverband klatschen in beiden Punk-

Marktinstrumente

In Bezug auf die Verhandlungen um den Milchmarkt in der EU (Milchpaket) kritisieren die Agrarminister von Bund und Ländern in ihrer Abschlusserklärung, dass die bisher vorgesehene Obergrenze für Erzeugerorganisationen von 3,5 Prozent der gesamten EU-Erzeugung und 33 Prozent der nationalen Erzeugung „bei Weitem nicht ausreichend“ ist. Das soll der Bund in den weiteren Verhandlungen auf EU-Ebene einbringen. Weitere Instrumente wie Intervention und private Lagerhaltung sollen beibehalten werden und der Abbau der Exportsubventionen ist an die WTO-Verhandlungen geknüpft und somit in weite Ferne gerückt, denn die Welthandelsgespräche sind bekanntlich bis auf weiteres auf Eis gelegt. *av/bet*

Bienen und Glyphosat

Weiteres Thema bei der AMK war Einsatz und Auswirkungen von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln. Die Agrarminister haben beschlossen, unverzüglich eine geeignete und valide Analytik für den in vielen Mitteln verwendeten Beistoff aus der Gruppe der POE-Tallowamine zu entwickeln und die Belastung von Futter- und Lebensmitteln zu ermitteln. Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, NRW und Rheinland-Pfalz sehen es dringend geboten, die Zulassung der Tallowamine in Pflanzenschutzmitteln auszusetzen, da es vermehrt Hinweise auf toxikologisch relevante Effekte gibt. Damit werden die ebenfalls festgestellten embryonalen und pflanzenphysiologischen Effekte durch den Wirkstoff Glyphosat weiterhin ignoriert.

In Bezug auf das EuGH-Urteil zum Honig bitten die Agrarminister die Bundesregierung, die Belange der Imker in der sog. guten fachlichen Praxis des Gentechnik-Gesetzes „angemessen“ zu berücksichtigen. Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, NRW, Rheinland-Pfalz und Saarland bitten darum, über diese Mindestabstände hinausgehende Regelungen treffen zu können. Zudem soll die Bundesregierung prüfen, mit welchen Maßnahmen sichergestellt werden kann, Einträge von nicht zugelassenen GVOs aus Freisetzungsvorversuchen zu verhindern. *av/bet*



Foto: Thomsen

Agrarfabriken nicht länger mästen

Während die Agrarminister im Ringberghotel tagten, demonstrieren vor der Tür Bauern und Bürger für eine andere Agrarpolitik. Mit einigen Treckern, Rundballen und vielen Transparenten sind die Bauern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) angereist, um auf den wachsenden Druck in der Bevölkerung für eine andere Agrarpolitik aufmerksam zu machen. Den zivilgesellschaftlichen Druck hat das Kampagnennetzwerk Compact mit einer Aktion dargestellt. Eine Darstellerin mit einer Maske von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) verfütterte Geldbündel an Pappkühe, die halb wie Kühe und halb wie Industriefabriken aussahen. Bei einer Internetaktion von Compact in Zusammenarbeit mit „Meine Landwirtschaft“ haben in kurzer Zeit mehr als 50.000 Menschen einen Appell an Aigner unterzeichnet, die Agrarpolitik umgehend zu ändern. *bet*

Kurzes am Rande

AMK: Noch geht's nicht los

Der gesellschaftliche Druck ist bei der Agrarministerkonferenz spürbar

Einige Sätze treffen mitten ins bäuerliche Herz, die die deutschen Agrarminister von Bund und Ländern nach ihrer jüngsten Konferenz in Suhl in ihrem Abschlusspapier verfasst haben. Etwa dieser: „Die künftige Agrarpolitik muss sich den neuen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Energiewende, dem Verlust der Artenvielfalt, dem Umwelt- und Ressourcenschutz sowie der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ernährung mit aller Konsequenz stellen (...).“ Damit beziehen sich die deutschen Agrarminister auf den Legislativvorschlag der EU-Kommission zur Agrarreform (*Bauernstimme 11-2011*). Diese Formulierung aus dem Agrarministerpapier könnte problemlos in einem kritischen Positionspapier der Zivilgesellschaft stehen.

Blockade konkret

Wenn es aber an konkrete Instrumente geht, zeigt sich deutlich, dass die deutschen Agrarpolitiker ihre Blockadehaltung zur notwendigen Agrarreform längs nicht aufgegeben haben. Lobpreisen die Agrarminister in Punkt Vier noch die „wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an (...) die Sicherung von Arbeitsplätzen“, erteilen sie nur fünf DIN A4-Blätter weiter dem Kommissionsvorschlag zur Bindung der Direktzahlungen an Arbeitskräfte eine Absage: „Bei Umsetzung (...) ist auf Degression und Kappung zu verzichten.“

Diese Forderung ist deutlich und gleichzeitig geben die Agrarminister vor, über Inhalte noch gar nicht reden zu wollen. Im Papier steht jedenfalls: Die Agrarminister „betonen, dass Entscheidungen zu den Inhalten der Gemeinsamen Agrarpolitik erst nach Kenntnis des verfügbaren Finanzrahmens getroffen werden können.“

„Die Minister wollen bewusst keine inhaltliche Festlegung, bevor nicht der EU-Haushalt abgestimmt ist und betonen dabei immer wieder, wie wichtig ein stabiles Budget sei“, bemerkt

AbL-Bundesvorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und führt weiter aus: „Da gewinnt man den Eindruck, dass die Agrarminister hintenherum Druck ausüben wollen gemäß: Wenn ihr unseren Instrumenten nicht folgt, dann kappen wir die Gelder für den EU-Haushalt.“

Die deutschen Agrarminister kommen um die Debatte des Greenings, also die ökologische Bindung von Geldern in der ersten Säule, nicht mehr herum. Sie schreiben in dem Papier, dass „die Umwandlung von Dauergrünlandflächen vom Grundsatz her ausgeschlossen werden soll“ und von dreigliedrigen

Fruchtfolgen, ohne allerdings konkrete Mindestfruchtanteile zu nennen und bleiben damit missverständlich.

Noch eine weitere Greeningmaßnahme, ökologische Vorrangflächen, greifen die Agrarminister aus dem Kommissionsvorschlag auf. Jeder Betrieb, der mehr Grünland als Acker besitzt oder weniger als 15 Hektar Ackerfläche, so steht es im Papier der deutschen Agrarminister, soll von der Bereitstellung eines Teils der Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche, orientiert am Kommissionsvorschlag, der 7 Prozent vorsieht, freigestellt werden. Alternativ können auf 15 Prozent der Ackerfläche Leguminosen oder Energiepflanzen angebaut werden. „Es ist gut, dass der Anbau von Leguminosen als ökologisches Kriterium aufgenommen wurde“, sagt Bernd Schmitz, stellvertretender AbL-Vorsitzender. „Damit bekräftigen die Landwirtschaftsminister von Bund und Ländern die ökologische Bedeutung von Leguminosen und auch die Notwendigkeit, sich von der Eiweißimportlogik der scheinbar billigen Sojafuttermittel wegbewegen zu müssen.“

Kritisch bewertet Maria Heubuch, Milchbäuerin und AbL-Bundesvorsitzende, den Vorstoß, auch „ökologisch vorteilhafte nachwachsende Rohstoffe, ausgeschlossen Mais,“ anbauen zu können. „Es ist unklar, welche Kulturen das sein sollen und was ökologisch vorteilhaft ist. Bedenklich ist außerdem, dass in Gebieten mit einer hohen Biogasdichte, es sich lohnen könnte, Energiepflanzen anzubauen und an Biogasbetreiber zu verkaufen. Das würde die Wirkung der ohnehin schon gravierenden Flächenkonkurrenz weiter anheizen.“

Bewegung am Milchmarkt

In Bezug auf die Verhandlungen um den Milchmarkt in der EU (Milchpaket) kritisieren die Agrarminister von Bund und Ländern in ihrer Abschlusserklärung, dass die bisher vorgesehene Obergrenze für Erzeugerorganisationen von 3,5 Prozent der gesamten EU-Erzeugung und 33 Prozent der nationalen Erzeugung „bei Weitem nicht ausreichend“ ist. Diese positive Haltung soll der Bund in den weiteren Verhandlungen auf EU-Ebene einbringen. Bedenklich ist hingegen, dass die Agrarminister an alten Instrumenten wie Intervention, private Lagerhaltung und Exportsubventionen festhalten wollen. Zwar schreiben die Agrarminister, dass auf die Exportsubventionen künftig verzichtet werden soll. Aber sie knüpfen diese Zusage an die WTO-Verhandlungen und schieben die Abschaffung dadurch in weite Ferne, denn die Welthandelsgespräche sind bekanntlich bis auf weiteres auf Eis gelegt. Dabei hat die EU längst verpflichtend zugesagt, die Exportsubventionen unabhängig von der WTO im Jahr 2013 abschaffen zu wollen. *Berit Thomsen*

Von der Marktordnung zur Erzeuger-Bündelung

Reform-Vorschlag der EU-Kommission zur Marktordnung bietet Erzeugergemeinschaften große Chancen

Im Rahmen der anstehenden Reform zur EU-Agrarpolitik hat die EU-Kommission auch für die gemeinsame Marktorganisation der EU einen Verordnungsentwurf vorgelegt („Verordnung Einheitliche GMO“).

Die vielleicht wegweisendsten Vorschläge darin beziehen sich auf die Rechte der Erzeuger, sich am Markt zu bündeln. Die Kommission will alle Mitgliedsstaaten verpflichten, Erzeugerorganisationen sowie Vereinigungen solcher in so gut wie allen landwirtschaftlichen Erzeugungsbereichen anzuerkennen und damit zuzulassen, sobald Erzeuger das beantragen und bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Das ist zwar in Deutschland mit dem Marktstrukturgesetz bereits geltendes Recht, und das Marktstrukturgesetz geht über den Vorschlag der Kommission zum Teil noch weit hinaus. Aber in vielen anderen EU-Ländern haben Bauern diese Rechte bislang nicht.

Nach Bedarf erzeugen

Als Ziele, von denen anerkannte Erzeugerorganisationen mindestens eines verfolgen müssen, nennt die Kommission u.a.:

- Sicherstellung einer planvollen, nachfragegerechten Erzeugung, insbesondere im Hinblick auf Menge und Qualität,
- Bündelung des Angebots und Vermarktung der Erzeugung der Mitglieder,
- Optimierung der Produktionskosten und Stabilisierung der Erzeugerpreise,
- Förderung umweltgerechter Erzeugungsverfahren.

Die Erzeugerorganisationen dürfen dabei „keine marktbeherrschende Stellung auf einem bestimmten Markt einnehmen, es sei denn, eine marktbeherrschende Stellung ist erforderlich, um die Ziele der EU-Agrarpolitik, die im EU-Vertrag (Art. 39) festgelegt sind, zu erreichen.“

Branchenverbände

Ebenso wie Erzeugergemeinschaften sollen auch Branchenverbände von den Mitgliedsstaaten anerkannt werden müssen. In Branchenverbänden sind neben Erzeugern auch Verarbeiter und Vermarkter eines Erzeugnisses organisiert, was anders als etwa in Frankreich und Spanien in Deutschland keine Tradition hat. Sie sollen vor allem für mehr Markttransparenz sorgen, z.B. durch Veröffentlichung von Statistiken über Preise und Mengen sowie von Analysen möglicher künftiger Marktentwicklungen. Sie sollen aber auch Standardverträge ausarbeiten und Maßnahmen ergreifen können, um das Erzeugungspotenzial besser ausschöpfen zu können. Darunter könnte auch zu verstehen sein, dass z.B. die Milcherzeugung in bestimmten

Regionen nicht aufgegeben wird, weil damit Produktionspotenziale brach fallen würden. Als weitere mögliche Tätigkeitsfelder nennt die Kommission die Verbesserung der (Prozess-)Qualitäten und die Absatzförderung insbesondere in Drittländern. Ausdrücklich untersagen will die Kommission den Branchenverbänden die Festsetzung von Preisen und Quoten.

Verbindlich für alle?

Welche Bedeutung die Kommission den Erzeugergemeinschaften und Branchenverbänden für die Zukunft beimisst, lässt sich an einem weiteren Vorschlag erkennen. Denn die Kommission sieht ausdrücklich vor, dass die Mitgliedsstaaten bestimmte Beschlüsse von repräsentativen Erzeugergemeinschaften oder Branchenverbänden auf deren Antrag hin auch für Erzeuger bzw. Verarbeiter und Vermarkter, die nicht Mitglied in den Organisationen sind, als rechtlich allgemeinverbindlich erklären können. Das hebt die Bedeutung der Erzeugergemeinschaften erheblich.

Als repräsentativ gilt eine Erzeugerorganisation bzw. -vereinigung dann, wenn ihr mindestens 50 Prozent der Erzeuger der betreffenden Erzeugnisse angehören und wenn die von ihr gebündelte Erzeugungsmenge mindestens 66 Prozent umfasst (bei Obst und Gemüse 60 Prozent).

Die Beschlüsse von repräsentativen Organisationen, die als allgemeinverbindlich erklärt werden können, dürfen nur bestimmte Inhalte betreffen. Dazu zählen: Meldung der Erzeugungsmenge und Marktgegebenheiten, Erstellung von Musterverträgen, Vermarktung, Maßnahmen zur Ausschöpfung des Erzeugungspotenzials, Mindestnormen für Erzeugungsweisen und Qualitäten, Verwendung von zertifiziertem Saatgut, Umweltschutz.

Solche Allgemeinverbindlichkeitserklärungen kennt das deutsche Marktstrukturgesetz bisher nicht. Das Bundesministerium lehnt diesen Vorschlag strikt ab.

Milchpaket aufgenommen

Zur Milch führt der Verordnungsvorschlag Näheres aus, da die Kommission ihre Vorschläge des so genannten „Milchpakets“ vom Dezember 2010 in den Text übernommen hat. Demnach sollen Mitgliedsstaaten für Milcherzeuger und Molkereien eine Pflicht einführen können, dass Milch nur noch nach vorherigem Abschluss eines schriftlichen Vertrages geliefert bzw. abgenommen werden darf. Solche Verträge müssen dann Liefermenge, Laufzeit und Erzeugerpreis festlegen oder zumindest die konkreten Faktoren der Berechnung benennen. Für Molkereigenossenschaften sieht die Kommission aber eine Ausnahme von dieser Vertragspflicht

vor, sofern die Satzung der Genossenschaften ähnliche Regelungen vorsieht. In Deutschland sind über zwei Drittel der Milch in Molkereigenossenschaften gebunden.



Was bringt die neue Marktordnung?

Foto: Herzog

Die Verträge sollen auch von Erzeugergemeinschaften mit den Molkereien ausgehandelt werden können, sofern die Rohmilchmenge, über die die betreffende Erzeugergemeinschaft verhandelt, folgende Grenzen nicht überschreitet: 3,5 Prozent der EU-Menge (d.h. ca. 4,5 Mrd. kg/Jahr), 33 Prozent der gesamten Erzeugung in dem bzw. in den betroffenen Mitgliedsstaaten (für Deutschland allein bedeutet das theoretisch ca. 9,6 Mrd. kg, aber die vorne stehende EU-Grenze von 3,5 Prozent greift hier vor). Diese Grenzen beziehen sich nur auf die Menge, für die eine Erzeugerorganisation Verträge mit Molkereien aushandelt. Bündeln darf die Erzeugerorganisation deutlich mehr Milch.

Erfolg der Milchbauern

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Vorschläge der Kommission den Erzeugern große Spielräume eröffnen können. Das ist ein deutlicher Erfolg der Milchbauernbewegung, wie sie im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) bzw. im European Milk Board (EMB) organisiert ist. Um die Spielräume nutzen zu können, müssen sie nun nicht nur gegenüber dem EU-Parlament und vor allem dem Ministerrat verteidigt werden, sondern auch durch eine konsequente Bündelung der Erzeuger ausgefüllt werden. Die Arbeit hört nie auf.

uj

Agrarhaushalt beschlossen

In einem ähnlichen Umfang wie schon im vergangenen Jahr ist der Agrarhaushalt durch den Bundestag gegangen. Die beschlossenen 5,28 Mrd. Euro sind 3,9 Prozent weniger als 2011. Der Löwenanteil mit gut 70 Prozent der gesamten Ausgaben entfällt erneut auf die landwirtschaftliche Sozialpolitik. Hier wird der Umbau der landwirtschaftlichen Sozialsysteme weiter vorangetrieben, auch um zukünftig weniger Bundesmittel dafür ausgeben zu müssen. cs

Fleisch in Maßen statt in Massen

Bäuerlicher und gesellschaftlicher Diskurs zur zukunftsfähigen Fleischerzeugung

Tönnies darf nicht noch mehr

Wegen des Ausbaus seiner marktbeherrschenden Stellung hat das Bundeskartellamt eine Mehrheitsbeteiligung des Schlachthofbetreibers Tönnies am Schlachthof Tummel untersagt. Die nordrhein-westfälische Tönnies-Gruppe ist bereits jetzt der marktbestimmende Akteur in der Sauenschlachtung und -verarbeitung, 65 % aller in der EU geschlachteten Sauen werden hier zerlegt und abgesetzt. Eine Übernahme des Schlachthofs Tummel in Schöppingen, der derzeit für Westfleisch, den zweitgrößten inländischen Wettbewerber schlachtet, hätte die Marktmacht von Tönnies weiter ausgebaut. Über seinen Hauptgesellschafter, Clemens Tönnies, ist das Unternehmen mit dem größten deutschen Wursthersteller, der Mühlen-Gruppe, verbunden. All diese Zusammenhänge haben das Bundeskartellamt einschreiten lassen und die Fusion untersagt, dagegen können die Beteiligten noch Einspruch einlegen. cs

Liebe Politiker: Wir wissen, dass der industrielle Weg der Fleischerzeugung eine Sackgasse ist“, sagte Starköchin Sarah Wiener in ihrem Grußwort. Sie eröffnete kürzlich in Berlin die internationale Fleischtagung „Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen. Perspektiven für nachhaltige Tierhaltung und einen zukunftsfähigen Fleischkonsum“. Solche klaren Worte haben hochrangige Vertreter des Bundeslandwirtschaftsministeriums vielleicht gescheut, denn sie sind trotz rechtzeitiger Anfragen für Redebeiträge nicht erschienen. Dabei brodelt die gesellschaftliche Debatte um Fleisch. Knapp 200 Teilnehmer haben zwei Tage lang im Plenum und in Arbeitsgruppen über die verschiedenen Facetten zum Thema diskutiert. Dreizehn Organisationen aus Umwelt, Landwirtschaft und Entwicklungspolitik, darunter auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, sind Veranstalter der Tagung.

Von den sechs Arbeitsgruppen befasste sich eine mit „Fleischexporte made in Germany“ und Dr. Hubert Pahl von der Technischen Universität München erörterte, dass sich Deutschland erst seit kurzem auf dem Weltmarkt zu einem Nettoexporteur für Fleischprodukte entwickelt hat. Pahl warf über Beamer eine Folie an die Wand, die für die hiesigen Erzeuger einen Rückgang der Preise aufzeigte, bei gleichzeitig gestiegenen Betriebsmittelkosten. Günther Völker, Sauenhalter in Nordrhein-Westfalen, berichtete, dass er im Jahr 2007 Kredite aufnehmen musste, um Futter für

seine Tiere kaufen zu können, und machte deutlich: „Exporte sind im Interesse der Verarbeitungsindustrie und nicht der Bauern.“ In Ghana gelangten zunehmend EU-Fleischimporte auf die lokalen Märkte, sagte Dr. King David Amoah, Bauernvertreter in Ghana, und führte weiter aus: „Das behindert unsere lokale Fleischerzeugung.“

Die Tagung wurde von einer kleinen Gruppe der Veganen Gesellschaft Deutschland e.V. gestört. Sie kritisierten in einem Flyer „über 7 Milliarden Menschen bekommt man nur vegan satt“ und ein Vertreter verließ in einem Workshop mit den Worten: „Ich fordere nicht nur Atomausstieg, sondern auch Fleischausstieg“ den Raum.

Walter Pengue von der Forschungsgruppe für Landschaftsökologie und Umwelt in Argentinien zeigte beispielhaft auf, wie rasant sich die Sojaanbauflächen ins Land fressen und die Nachfrage der EU nach Sojafutter scheinbar „unersättlich ist“. „In Deutschland werden im Durchschnitt gerade mal auf drei Prozent der Ackerfläche Leguminosen angebaut“, erläutert Christoph Dahlmann vom AbL-Eiweißfuttermittelprojekt in NRW. Viele „konventionelle“ Vorurteile, wie schwankende Erträge und niedrige Deckungsbeiträge, als auch mangelnde Zuchtungsaktivitäten stünden einem vermehrten Leguminosenanbau auf den Höfen im Wege.

Zum Thema Zertifizierung gibt Schweinemäster Gerhard Kattenstroth aus NRW zu bedenken, der selbst seit fünf Jahren gen-

technikfreies Soja verfüttert: „Zurzeit wird die Zertifizierung stark von der abnehmenden Hand gesteuert, statt von der Politik. Es muss Sorge getragen werden, dass Zertifizierungsmaßnahmen auch von kleinen und bäuerlichen Betrieben geleistet



Industrielle Fleischerzeugung ist eine Sackgasse. Sarah Wiener fand klare Worte. Foto: Heine

werden können. Generell“, so Kattenstroth weiter, „können Zertifizierungen ein Beitrag sein, Auswüchse zu begrenzen. Sie ersetzen aber nicht politisch notwendige Rahmenbedingungen.“ Auf dem Abschlusspanel der Tagung betonte Josef Sayer, Hauptgeschäftsführer von Misereor: „Es ist keinesfalls die industrielle Landwirtschaft, die den Hunger bekämpft.“

Berit Thomsen



Viel in Deutschland produziert Fleisch wird in Südamerika gefüttert. Ohne die Importe von Soja läuft nichts.

Bild: pixelio/ Jünger

Europa ist Flächenimporteuer

WWF-Gutachten zum Flächenverbrauch in der Landwirtschaft

Schwein, Rind, Kuh oder Huhn. Egal. Für jedes Kilogramm Fleisch wird, im Durchschnitt jedenfalls, Fläche verbraucht. In der neuen Studie des WWF „Fleisch frisst Land – Ernährung, Fleischkonsum, Flächenverbrauch“ vom Oktober gehen die Autoren dem Flächen-Fußabdruck der EU und Deutschlands innerhalb und außerhalb Europas für Fleischerzeugung, Konsum und Agrarhandel nach.

Der persönliche Fußabdruck

Pro Kopf verbraucht der Deutsche insgesamt 88,2 Kilogramm Fleisch im Jahr und isst damit mehr Fleisch als seine Kollegen in anderen EU-Ländern. Bezieht man, im Durchschnitt, diese Fleischmenge auf den Flächenverbrauch für Futteranbau, dann beträgt der sogenannte Flächen-Fußabdruck pro Person mehr als 1.000 Quadratmeter. Für alle Bundesbürger sind das deutlich mehr als acht Millionen Hektar. Das ist etwa die Hälfte der gesamten uns in Deutschland zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche von etwa 17 Millionen Hektar. Daran hat Soja derzeit einen Anteil von 240 Quadratmeter pro Bundesbürger.

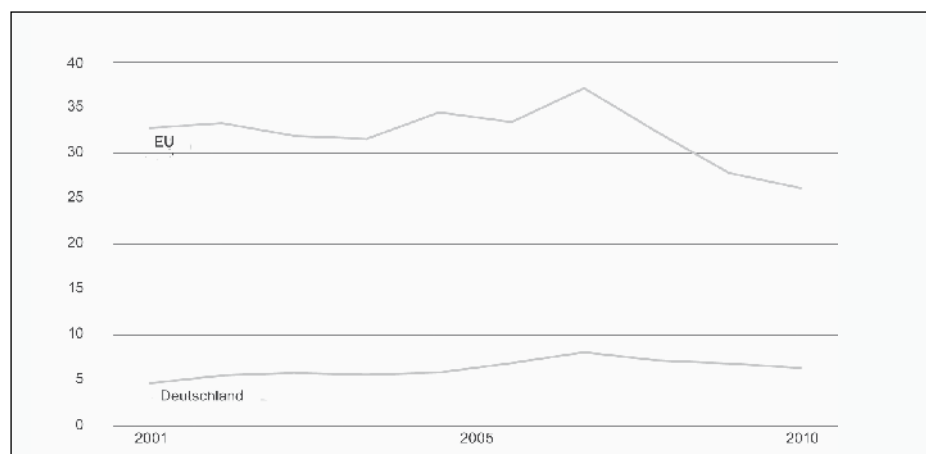
In der Untersuchung wird die virtuelle Landnahme außerhalb der EU, die für Sojaimporte benötigt wird, unter die Lupe genommen. Demnach beanspruchte die EU im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 eine Fläche von umgerechnet fast 15 Millionen Hektar. Deutschland ist im gleichen Zeitraum mit einer Landnahme durch Soja-Importe mit 2,6 Millionen Hektar aufgefallen. Der überwiegende Teil davon, also Sojamehl, landet im Futtertrog. Dieses Zahlenbeispiel bezieht sich auf die gesamte Fleischerzeugung, also auch für den Export.

In einem anderen Abschnitt befassen sich die Studienschreiber mit dem Agrarhandel der EU und Deutschlands und dem dafür benötigten virtuellen Landhandel. In der Untersuchung werden in den Handel alle Agrargüter von Nahrungsmitteln, Futtermitteln, Treibstoffen bis hin zur Baumwolle etc. einbezogen und ihre Menge in die für deren Herstellung benötigten Flächenareale umgerechnet. Dann kommt unterm Strich heraus, dass die EU im vergangenen Jahrzehnt beim Agrarhandel umgerechnet häufig mehr als 30 Millionen Hektar Land netto an virtuellem Boden importiert hat. Bei einer leicht rückläufigen Tendenz werden für das Jahr 2010 noch 26 Millionen Hektar virtuelle Bodenimporte ermittelt. Deutschland nahm im Jahr 2010 über den Agrarhandel immerhin 6,4 Millionen Hektar virtuelle Fläche außerhalb Europas ein (vgl. Grafik).

Fazit

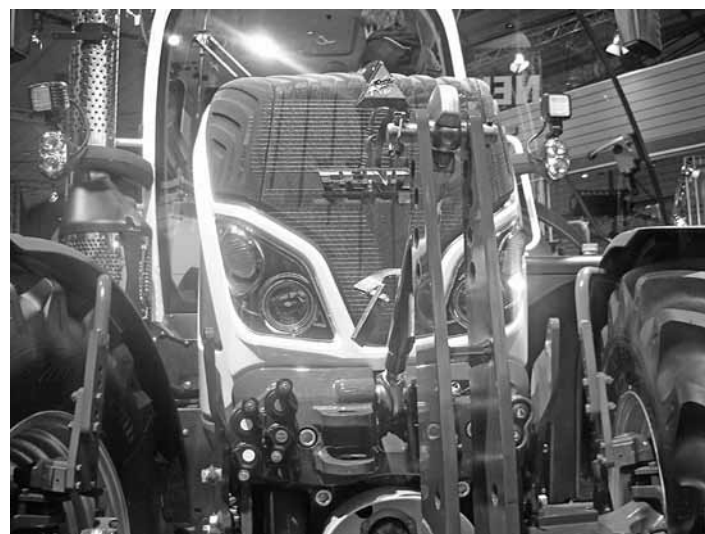
In der Studie wird an die Verbraucher appelliert, weniger zu konsumieren und auf umwelt- und tiergerecht erzeugte Fleischprodukte zurückzugreifen. Es werden u.a. auch Neulandprodukte empfohlen. Außerdem liefert „Fleisch frisst Land“ hilfreiche Fakten und Argumente für die agrarpolitische Debatte um die EU-Agrarpolitik und die globale Rolle der deutschen Landwirtschaft. Unter dem Abschnitt „Aktivitäten“ verweist der WWF an die Kooperation mit Danone in der Umstellung der Milchproduktion auf gentechnikfreie Milch und einem verstärkten Anbau von heimischen Futterpflanzen. *Berit Thomsen*

Zur Studie: [wwf.delfileadmin/fm-wwf/pdf_neu/WWF_Fleischkonsum_web](#)



Die Grafik zeigt deutlich, dass die EU in den meisten Jahren des vergangenen Jahrzehnts mehr als 30 Mio. ha Land netto virtuell importiert hat. In den vergangenen Jahren gelang es jedoch, diesen Flächenbedarf geringfügig zu reduzieren. Im Jahr 2010 wurden „nur“ noch etwas mehr als 26 Mio. ha netto virtuell importiert. Die Verbesserung der virtuellen Landhandelsbilanz ist insbesondere den guten Flächenerträgen in der EU, gerade auch im Getreidesektor zuzuschreiben. Deutschland beweist, wenn auch auf einem anderen Niveau, ähnliche Entwicklungstendenzen: Nach einer stetigen Zunahme des Netto-Landhandels von 4,7 Mio. ha 2001 auf 8,1 Mio. ha 2007 ist dieser Wert bis auf 6,4 Mio. ha 2010 abgesunken. Damit entfallen auf Deutschland in den letzten beiden Jahren fast 25 % des virtuellen Landhandels der EU mit Partnern außerhalb der EU. 2001 waren es nur 14 %, was beweist, dass Deutschlands Bedeutung für den Agrarhandel der EU deutlich zugenommen hat. *Quelle: WWF*

Kurzes am Rande



Glänzendes Blech auf der Agritechnica

Foto: Joost

Boomsektor Landwirtschaft

Angesichts von viel blinkendem Chrom und hochglänzendem Metall saß offenbar vielen der über 400.000 Besucher der weltgrößten Landtechnikmesse, der Agritechnica in Hannover, das Portmonee ziemlich locker in der Tasche. Die Investitionslaune bei Ackerbauern und Milchviehhaltern sei sehr groß, konstatierte der Geschäftsführer vom Fachverband Landtechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Bernd Scherer, zum Ende der Messe. Seiner Auffassung nach befindet sich die Branche derzeit mitten in einer Hochkonjunkturphase. Geradezu euphorisch stellte Reinhard Grandke, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) und damit Veranstalter, fest: „Die Landwirtschaft ist die In-Branche der Zukunft“, „unsere Branche“ sei von der Krise des Banken- und Politiksektors abgekoppelt. Höher, schneller weiter gibt es nach wie vor auf der Agritechnica und „Smart Farming“, die Weiterentwicklung von „Precision Farming.“ Ökonomisch effizienter sein, Routinetätigkeiten automatisieren, der von Geisterhand gelenkte Trecker ist nicht länger die Vision von morgen. Das wird wohl auch nötig sein, da für so viel Effizienz noch einige Bäuerinnen und Bauern auf der Strecke bleiben müssen. *cs*

Kommt der Mindestlohn?

Die aktuelle Debatte um die Einführung eines Mindestlohns innerhalb der CDU bzw. der Regierungskoalition berührt natürlich auch die Landwirtschaft. Als eine Branche mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an in- und ausländischen Saisonarbeitskräften und Geringverdienern sind die Argumentationslinien der Gegner und Befürworter hier besonders scharf. Eine feste Untergrenze könnte eine Katastrophe für die Landwirtschaft sein, warnte der baden-württembergische CDU-Chef Thomas Strobl seine Parteikollegen in Berlin. Auch der Vorsitzende der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigung des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes (RLV), Wolfgang Wappenschmidt zeigte sich „besorgt über die Einführung eines Mindestlohnes oder einer Lohnuntergrenze insbesondere für Saisonarbeitskräfte.“ Mecklenburg-Vorpommerns Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) musste sich bereits im Sommer abwaschen lassen für seine Aussage, er halte angesichts des niedrigen Einkommens in der Branche die Forderung nach einem gesetzlich verbrieften Mindestlohn durchaus für gerechtfertigt. Der Präsident des Landsbauernverband (LVB) Mecklenburg-Vorpommern, Rainer Tietböhl, bezeichnete die Forderung des Ministers als „unrealistisch und Sache der Tarifparteien.“ In den Augen des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Hans-Heinrich Rave, hat der Minister gar „seine Kompetenzen überschritten.“ Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt, Hans-Joachim Wilms, geht hingegen davon aus, dass mit den flächendeckenden Tarifverträgen, die es in der Branche inzwischen gibt, „der Weg für einen Mindestlohn in der Landwirtschaft gebnet“ ist. *cs*

Nachhaltige Landwirtschaft der Industrie

Satzungsgemäß ist eine der Aufgaben der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL): „die Bevölkerung durch Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedern über die Bedeutung der Landwirtschaft für Staat und Gesellschaft, über die Bedeutung der ländlichen Räume und darin lebenden Menschen mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen zu unterrichten und auf ein besseres Verhältnis zwischen Stadt und Land hinzuwirken.“ Für diesen Job ist ab nun in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Schramm zuständig. Schramm ist damit Stellvertreter des Vorsitzenden Gerd Sonnleitner, Präsident des deutschen Bauernverbands. Und außerdem ist Helmut Schramm auch noch Geschäftsführer der Bayer CropScience Deutschland GmbH. **cs**

Landfrauen weg vom Herd

Gegen die sogenannte Herdprämie von CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat sich der deutsche Landfrauenverband (dlv) ausgesprochen. Das geplante Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro für Eltern, die keinen Betreuungsplatz in Krippen oder Kindertagesstätten für ihr Kind in Anspruch nehmen, nütze den erwerbstätigen Frauen wenig, so die dlv-Präsidentin Brigitte Scherb. Gerade gut qualifizierte Frauen wollten schnell wieder in den Beruf einsteigen, scheiterten aber häufig an mangelnder Kinderbetreuung. „Was das für die Gesellschaft und den ländlichen Raum bedeutet, ist bekannt: Die jungen Familien ziehen weg, die ländlichen Räume bluten aus“, so Scherb. Man solle anstatt im „Gießkannenprinzip“ Betreuungsgeld auszuschütten, diese Mittel lieber für die Verbesserung der Kinderbetreuung und Bildung verwenden. **cs**

Heustreu gentechnikfrei

Im fränkischen Ort mit dem schönen Namen Heustreu wurde der Saal voll, in den die Abl-Franken, der Nabu und der BDM eingeladen hatten. Unter dem verheißungsvollen Titel „Zukunft der Landwirtschaft am Scheideweg“ diskutierten die Veranstalter mit einem Vertreter des Bauernverbands und dem Landrat auch über die Einrichtung eines gentechnikfreien Landkreises Rhön Grabfeld. Abl-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen machte klar, dass Bäuerinnen und Bauern nicht am Markt vorbei produzieren sollten. Die Gesellschaft wolle keine Massentierhaltung, sondern Bauernhöfe statt Agrarfabriken und eine Landwirtschaft ohne Gentechnik, so Janßen unter Beifall der Anwesenden. **Abl-Bayern**

Argument Modernität für Gentechnik

Pflügen als vorbeugende Maßnahme gegen den Maiszünsler sei nicht mehr zeitgemäß, so die Aussage des Wissenschaftlers Bernd Hommel vom Institut für Strategien und Folgenabschätzung des Julius-Kühn-Instituts in Kleinmachnow. Zu viele negative Auswirkungen im Hinblick auf Boden- und Nährstoffverlusten stünden zu wenig positiven Effekten gegenüber. Zwar bedürfe der pfluglose Anbau eines stärkeren Pestizideinsatzes und es gebe mehr Probleme mit Schädlingen wie Mäusen und Schnecken, beim Maiszünsler müsse daher zwischen konkurrierenden Zielen der Nachhaltigkeit abgewogen werden. Gentechnisch hergestellter Bt-Mais weise keine negativen Umweltauswirkungen auf, folgerte Hommel in dem Interview, das er der gentechnikfreundlichen Homepage biosicherheit.de gab. Man solle seinen Anbau mit konventionellem abwechseln, lautet seine abschließende Handlungsanleitung. **cs**

Kurzes am Rande

Keine Rente ohne Hofabgabe

Regierung beschließt kleine Änderungen bei grundsätzlicher Beibehaltung

Nach wie vor bekommen Landwirte erst dann Rente, wenn sie ihre Höfe abgegeben haben. Dieser Tatbestand wird in Zukunft auch dann erfüllt sein, wenn der Hof auf die eigene Ehefrau übertragen wurde und diese mehr als zehn Jahre jünger ist. Erleichterungen wird es auch für Gesellschafter geben. In Zukunft genügt es, unabhängig von der Rechtsform, aus der Unternehmensführung auszuschneiden und die Vertretungsmacht für das Unternehmen abzugeben, um die Rentenbedingungen zu erfüllen. Dies war bisher nur bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts möglich. Auf den von der Regelung nicht betroffenen Rückbehaltflächen können die Besitzer in Zukunft eine gewerbliche Tierhaltung betreiben, ohne dass ihr Rentenanspruch deshalb zunichte wird.

Mit diesen Neuerungen folgt die Bundesregierung den Forderungen des deutschen Bauernverbands. Ebenso wie der Bundesverband der Landjugend verweist der Bauernverband offiziell auf die Notwendigkeit eines rechtzeitigen Generationswechsels. „Die Hofabgabeklausel ermöglicht uns jungen, hoch motivierten und gut ausgebildeten JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen, zum richtigen Zeitpunkt Verantwortung für den landwirtschaftlichen Betrieb zu übernehmen“, resümiert Gunther Hiestand (31 Jahre), Vorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend. Nach Auffassung des Verbands wird durch die Regelung für „erfahrene Landwirte ein Anreiz geschaffen, ihren Hof zu einem Zeitpunkt zu übergeben, zu dem der Betrieb wirtschaftlich erfolgreich sei, die zukünftige Ausrichtung des Betriebes durch den Hofnachfolger beeinflusst werden könne und Entscheidungen zur Unternehmensentwicklung gefragt seien.“

Fakten ignorieren

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages kommt in seiner Ausarbeitung zur Hofabgabeklausel allerdings zu dem Schluss, dass es nahe liegt, dass es andere Faktoren für das in Deutschland im europäischen Vergleich niedrige Durchschnittsalter der Betriebsleiter geben müsse. Während in Deutschland nur 7 Prozent der Betriebsleiter über 65 Jahre sind (EU Durchschnitt 33 Prozent), sind es in Frankreich trotz einer verpflichtenden Hofabgabe 12 Prozent. In Österreich blieb der Anteil der über 65-jährigen mit 17 Prozent auch nach Abschaffung der Hofabgabeklausel konstant.

Gleiche Rechte

Hintergrund der Forderungen nach einer Abschaffung sind zum Einen die Forderung nach einer Gleichbehandlung mit in die Handwerksrolle eingetragenen Handwerkern, die bei Erreichen der Altersgrenze ihr Gewerbe beibehalten können, ohne ihre Rentenansprüche zu verlieren. Es gelten lediglich die entsprechenden Hinzuverdienstgrenzen.

Zum Anderen stehen viele Betriebsleiter vor der Situation, keinen Hofnachfolger zu haben. Selbstverständlich findet sich in den allermeisten Regionen ein anderer Betrieb, der die Flächen übernimmt. Damit ist der Betrieb zum einen in seiner historischen, familiären Struktur zerstört und geht auch als wirtschaftliche Einheit verloren. Im Gegenzug werden die strukturellen Änderungen, die zunehmende Konzentration bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der Betriebe weiter vorangetrieben.

Benachteiligung der Bäuerinnen

Nach wie vor ist auch die Rente der Bäuerinnen von der Hofabgabe betroffen. Obwohl sie eine eigenständige Altersabsicherung für die Bäuerinnen sein soll, wird sie nicht ausgezahlt, wenn der Ehegatte den Betrieb weiterführt. Dieses Problem hat auch der DBV erkannt: „Unabhängig vom Festhalten an der Hofabgabevoraussetzung sind Problemfälle, wie z.B. ... Nichtgewährung der Bäuerinnenrente bei fehlender Hofabgabe durch den Ehegatten zu lösen. Eine generelle Abschaffung der Hofabgabeklausel wird jedoch abgelehnt.“

Mit seinem vehementen Festhalten an der Hofabgabe unter dem Zugeständnis einiger Schönheitskorrekturen stellt sich der DBV gegen die Mehrheit der Landwirte. Bei der Umfrage der Woche bei [top agrar Online](http://top.agraronline.de) sprachen sich 55 Prozent der über 1.000 Teilnehmer für ein ersatzloses Streichen aus. Nur knapp ein Viertel sprach sich für eine Beibehaltung des Status quo aus. **mn**



much

Die Weihnachtskatze

Eine Weihnachtsgeschichte von Matthias Stührwoldt

Wie es sich für einen ordentlichen Bauernhof gehört, haben auch wir einen ganzen Haufen Katzen. Wie viele es genau sind, wissen wir nicht, denn die wenigsten von ihnen sind zahm oder auch nur halbzahm. Die meisten von ihnen verpissen sich, wenn sie mich sehen. Keine Ahnung, warum. Offensichtlich wird die Info: „Großer, dicker Zweibeiner in Gummistiefeln = Gefahr!“ innerhalb unserer Katzenpopulation vererbt und gehört zu deren ewigem Instinktrepertoire. Das muss irgend so eine Mendelsche Fehlschaltung sein. Jedenfalls habe ich den Viechern nie etwas getan. Niemals! Ehrenwort! Ich wiederhole: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort!

Tatsache ist allerdings, dass ich unsere Hofkatzen – die Muschis, wie meine Mutter zu sagen pflegt – nie besonders geliebt habe. Gut, ich weiß, sie fangen und töten Ratten und Mäuse, aber das konnte ich im Team mit unserem Mistgangmischling Blacky (seine Mutter war unsere Schäferhündin Alpha, sein Vater Nachbars Terrier Bobby; damit das klappte, stand Alpha unten im Mistgang und Bobby eine Stufe darüber) ebenso gut. Die Muschis lebten meist auf unserem Heuboden, und wer jemals beim Heurunterschmeißen unverhofft in einen frischen Haufen Katzenkacke gefasst hat, der weiß, warum ich bis heute ein recht distanziertes Verhältnis zu den Muschis habe. Ich füttere sie ein wenig, aber Liebe dürfen sie von mir nicht erwarten. Tun sie auch nicht. Sie hauen ab.

Wir haben nun also einen ganzen Haufen Katzen beiderlei Geschlechts. Da bleibt es nicht aus, dass unsere Katzen sich vermehren. Jedes Jahr gibt es mehrfach frische Babykatzen, meist einmal geballt im Frühjahr – das sind die Maikätzchen – und oft noch einmal im Herbst – das sind die Septemberkätzchen. Die Maikätzchen haben es in ihrem Leben meist ungleich einfacher als die Septemberkätzchen. Wenn sie klein sind, ist es warm, und spielend wachsen sie in der Wärme des Sommers heran, und wenn es Herbst wird, sind sie aus dem Größten raus.

Bei den Septemberkätzchen sieht das anders aus. Während sie flügge werden, wird es kalt, und sie müssen, gegen den Trend der Natur zum herbstlichen Ableben, fressen, fressen, fressen, um zu wachsen, wachsen, wachsen. Septemberkätzchen sind oft schwächer als ihre Maivorgänger, und ein größerer Anteil von ihnen stirbt vor Erreichen des Erwachsenenalters, oft einfach deshalb, weil die Mamakatze einfach keinen Bock mehr

auf ihre Blagen hat und abhaut, wahrscheinlich nur, um das eigene Überleben zu sichern. Oft sind die Lütten dann noch zu lütt, um sich selbst zu versorgen, und sie verhungern elendig irgendwo auf dem Heuboden. Einmal fand ich im Frühjahr auf dem Heuboden ein Nest voll mit vier toten Babykätzchen, wie schlafend aneinandergeschelt, mumifiziert noch immer auf die Rückkehr der vermeintlich treusorgenden Mutter wartend. Gekommen aber war nur der Tod, und sogar ich harter Hund empfand bei diesem Anblick so etwas wie traurige Bewegtheit. Tja, Mütter – auch nicht mehr das, was sie mal waren...

Eine Zeitlang versuchten unsere Kinder regelmäßig, einen Wurf Katzen zahm zu spielen. Das gelang im Sommer nur selten; denn die Katzenmütter versteckten ihre Brut irgendwo in den letzten Ecken

der war vergebens. Die Mutter blieb hart. Und die Kastaniengang traf sich weiter bei uns, um mit den Katzen zu spielen. Die Weihnachtsferien kamen, und die Kastaniengang plante einen großen Coup. Am ersten Weihnachtstag wollte die Kastaniengang das große Ding drehen. Der Plan war, die gnädige Weihnachtsstimmung in der Familie für eigene Zwecke auszunutzen. Die Freunde unserer Kinder wollten ein armes, verlassenes, zerlumptes und dreckiges Kätzchen elendig miauend auf dem Acker finden, und sie dachten, wenn sie mit dem Kätzchen am ersten Weihnachtstag in die Tür kämen, könnte die Mutter unmöglich nein sagen. Also wurde eine konspirative Septemberkätzchenübergabe verabredet. Unsere Kinder zogen die Katze einmal quer



Foto: Meyer/pixelio

des Heubodens, und wenn sie die Lütten mitbrachten auf den Hof, dann waren die schon so flink und im Fluchtverhalten so gedrillt, dass man ihrer nicht habhaft werden konnte, um sie von friedlichen Absichten zu überzeugen oder mit Zuneigung zu überwältigen.

Im Herbst aber, das Zähmen der Septemberkätzchen betreffend, standen die Erfolgchancen unserer Kinder besser. Hungrig und schwächelnd stolperten die kleinen Katzen über den Hof und waren kindlichen Katzenfutterbestechungsversuchen gegenüber deutlich offener. Also gelang es unseren Kindern gelegentlich, in den Herbstferien mit viel Geduld und viel stinkendem nassen Katzenfutter Freundschaften mit Septemberkätzchen zu schließen. Das gab in einem Jahr mal ziemlich böses Blut, weil Birte und ich eine solche Katze verschenkten. Unser Argument war,

beiner in Gummistiefeln wie ich sich ein Lächeln nicht verkneifen kann, wenn er töffelige Babykatzen beim Spielen beobachtet. Natürlich zeige ich das den Kindern nicht; ich habe eine Rolle zu spielen, aber ach, was sind sie doch knuddelig und niedlich!

Im November jenes Jahres fragten die Freunde unserer Kinder – die selbst Geschwister waren – Birte und mich, ob sie eine der zahmen Septemberkätzchen haben könnten, für Zuhause. Unsere Kinder hatten schon zugestimmt, und auch die Liebste und ich waren dafür. Also fragten sie daheim, ob sie eine Katze mitbringen durften, aber die Mutter sagte nein. Es gab in jener Familie schon eine Katze, das reiche, sagte die Mutter, und sie blieb hart. All das „Aber die ist doch soooo süß und wir machen auch immer freiwillig das Katzenklo sauber“-Gejiffel ihrer Kin-

der war vergebens. Die Mutter blieb hart. Und die Kastaniengang traf sich weiter bei uns, um mit den Katzen zu spielen. Die Weihnachtsferien kamen, und die Kastaniengang plante einen großen Coup.

Am ersten Weihnachtstag wollte die Kastaniengang das große Ding drehen. Der Plan war, die gnädige Weihnachtsstimmung in der Familie für eigene Zwecke auszunutzen. Die Freunde unserer Kinder wollten ein armes, verlassenes, zerlumptes und dreckiges Kätzchen elendig miauend auf dem Acker finden, und sie dachten, wenn sie mit dem Kätzchen am ersten Weihnachtstag in die Tür kämen, könnte die Mutter unmöglich nein sagen. Also wurde eine konspirative Septemberkätzchenübergabe verabredet. Unsere Kinder zogen die Katze einmal quer

durch Misthaufen und Modderpfütze, um sie ausreichend elend im Shabby-Style erscheinen zu lassen, dann traf die Kastaniengang sich zur abgemachten Zeit auf dem Maisacker. Die Katze ging von einer Hand zur nächsten, und die Freunde unserer Kinder rannten nach Hause, um ihrer Mutter das arme Kätzchen zu zeigen, das sie gerade eben halb verhungert auf dem Acker gefunden hätten. Die Mutter, gerade dabei, das Weihnachtessen zu bereiten, warf nur einen schnellen Blick auf die Katze und sagte: „Quatsch gefunden! Quatsch halb verhungert! Die ist doch von Stührwoldts!“ Und sie musste lachen. Und sie sagte ja.

Da waren die Kinder glücklich, und die Katze war es auch. Der Plan der Kastaniengang war aufgegangen. Er war aber auch einfach zu brilliant.

Matthias Stührwoldt

AbL NRW zum Baugesetz

Aus gegebenem Anlass einer Anhörung im Landtag Nordrhein-Westfalen zu „Intensivmastanlagen“ legte die AbL NRW einen Vorschlag für neue rechtliche Regeln zum Stallbau vor. „Neben den landwirtschaftlichen Betrieben, den Verbänden und der Landwirtschaftskammer trägt auch die Landesregierung NRW eine große Verantwortung dafür, die Industrialisierung der Tierhaltung zu stoppen, die den bäuerlichen Betrieben zunehmend die Luft zur vernünftigen Entwicklung abschnürt. Mit unseren Vorschlägen wollen wir die wirtschaftlichen Perspektiven für möglichst viele bäuerliche Betriebe mit Tierhaltung in NRW stärken. Wir fordern die Landesregierung auf, entsprechende Initiativen schnellstmöglich zu ergreifen“, begründet der AbL-Landesvorsitzende Bernd Schmitz den Vorschlag. Die AbL will das Recht auf das im Baugesetzbuch verankerte privilegierte Bauen im Außenbereich auf solche Ställe beschränken, die keine Genehmigungspflicht nach Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) auslösen, also z.B. unter 1.500 Mastschweinen, 560 Sauen oder 30.000 Masthühnern bleiben. Gewerbliche Tierhaltungen, bei denen keine ausreichende Flächengrundlage vorhanden ist, sollen im Regelfall gar nicht mehr privilegiert bauen dürfen. Die AbL NRW ruft zudem Betriebe wie Politik und Beratung dazu auf, alles zu unternehmen, damit generell nur noch solche Ställe gebaut werden, die den konsequenten Umwelt- und Tierschutzanforderungen gerecht werden. Die Stallbauförderung müsse auf solche zukunftsfähigen Stallformen beschränkt werden. Verbunden werden müsse diese Informationskampagne mit einem Umbauprogramm, das sich insbesondere gezielt an kleinere und mittlere Betriebe richtet. „Diese Betriebe, die immer noch die Mehrheit der Betriebe stellen, sollen nicht durch die richtige Umsetzung des Tier- und Umweltschutzes zum Aufgeben gedrängt werden. Wir brauchen diese Betriebe auch in Zukunft“, so Schmitz. *AbL-NRW*

Debatte um Baugesetzgebung geht weiter

Nach wie vor stößt die Initiative des Bundesbauministeriums, die Privilegierung gewerblicher Tierhaltungsanlagen oberhalb der Grenzen, ab der eine Umweltverträglichkeitsprüfung fällig wird, abzuschaffen, auf geteiltes Echo. Der Bauernverband hält die Änderung nach wie vor für unnötig, es gehe es darum, das „Baurecht Baurecht sein zu lassen“. Angesichts des massiven Drucks bezeichnete DBV-Geschäftsführer Helmut Born eine Änderung in der Privilegierung nun aber schon als „gangbaren Weg“. Auch der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) spricht sich entschieden dagegen aus. Der Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt, Willy Boß, warnt vor „Standortverhinderungsgesetzen“. Dies führe zu Stallplatzzahlen bei Bauvorhaben, „die in den neuen Bundesländern den Stallbau weitgehend erledigen, in den alten Bundesländern, auch in den süddeutschen Strukturen, Wachstum und Entwicklung massiv behindern“. Zwei Länderminister positionierten sich hingegen für die geplante Änderung des Bundesbaugesetzes: Niedersachsens Gerd Lindemann (CDU) betonte, man werde dem Vorschlag keine eigene Initiative im Bundesrat entgegenstellen. SPD-Minister Till Backhaus aus Mecklenburg-Vorpommern betonte neben seiner Offenheit gegenüber dem Vorschlag aus dem Baurecht zugleich die Notwendigkeit, grundsätzlich über die Zukunft der Tierhaltung in Deutschland nachzudenken. Dabei müsse über Flächengebundenheit ebenso diskutiert werden wie über Anforderungen an eine tiergerechte Haltung. *cs*

Grippeprophylaxe??
Foto: Weber/pixelio

Kurzes am Rande

Antibiotika und Tierhaltung

Maßnahmen noch mit angezogener Handbremse

In Talkshows, Krankenhäusern, Ställen, Wohnzimmern oder Politikerbüros: Überall wird debattiert, welche Wirkung der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung auf die menschliche Gesundheit hat und wie damit umgegangen werden soll. Einigkeit besteht zunächst einmal darin, dass der Antibiotikaeinsatz minimiert werden muss. EU-weit sterben laut EU-Kommission jährlich 25.000 Menschen an Infektionen durch antibiotikaresistente Bakterien.

Massnahmenpaket

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner kündigt seit wenigen Wochen ein Maßnahmenpaket an. Demnach soll das Arzneimittelgesetz (AMG) geändert werden. Darin sind etwa der Umgang mit Antibiotika geregelt, ob nur einzelne Tiere mit Antibiotika behandelt werden dürfen oder gleich der gesamte Tierbestand. Aber eben solche konkreten Ausführungen hat die Bundesministerin noch offen gelassen.

Weiter geht es in ihrem Maßnahmenpaket darum, wie und welche Daten zum Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung ab Mitte nächsten Jahres veröffentlicht werden sollen, auch kurz DIMDI-AMV genannt: Verordnung über das datenbankgestützte Informationssystem über Arzneimittel des Deutschen Instituts für medizinische Dokumentation. Seit 2010 liegt über dieses Informationssystem eine Verordnung vor. Ab Januar diesen Jahres werden deshalb Daten

über den Einsatz von Tierarzneimitteln gesammelt und diese Daten sollen ab Mitte 2012 nach Postleitzahlbereichen für die Bundesländer öffentlich zugänglich gemacht werden. Das ist nicht neu.

Neu ist aber Aigners jüngster Vorstoß, noch in Form von Versprechungen, auch die Daten über Geflügel-Arzneimittel künftig vollständig zur Verfügung stellen zu wollen. Die sollten, nach dem Willen der Bundesministerin, bisher unter Verschluss gehalten werden. Friedrich Ostendorff, agrarpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt diesen Vorstoß, fordert aber neben der Streichung von Sonderregelungen die Nennung der kompletten Adresse der verschreibenden Tierärzte. „Außerdem“, so Ostendorff weiter, „müssen die Bundesländer offensiv über möglichen Missbrauch bei der Verabreichung informiert werden, damit sie in der Lage sind, ihrem Kontrollauftrag nachkommen zu können.“

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann hat in seinem Land eine Erhebung zum Arzneimitteleinsatz in der Nutztierhaltung durchführen lassen. Demzufolge sind in 82 Masthühnerbetrieben, Mastzeit um die 35 Tage, mit 482 Mastdurchgängen in 73 Prozent der Durchgänge bis zu drei Wirkstoffe und in 27 Prozent der Durchgänge bis zu acht Wirkstoffe eingesetzt worden. Lindemann lässt sich in der *Agra-Europe* zitieren, dass er bereits ein Überwachungskonzept entwickelt habe, mit dem wirksam der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung reduziert werden solle. Er zähle dazu, die konsequente Kontrolle von Tierhalter und Tierärzten bei der Anwendung von Antibiotika. Betriebe, die überdurchschnittlich häufig diese Arzneimittel anwenden, müssen ein Minimierungskonzept der zuständigen Behörde vorlegen, die die Umsetzung des Konzeptes überwache.

Fast jedes Hähnchen

In Nordrhein-Westfalen wurde in einer Studie im Auftrag des Düsseldorfer Agrarressorts in der Hähnchenmast bei 83 Prozent der untersuchten Betriebe in dem Bundesland antimikrobielle Substanzen eingesetzt. Insgesamt sind 96,4 Prozent der Tiere mit Antibiotika behandelt worden.

„Die Maßnahmen dürfen nicht bei einer besseren Überwachung stehen bleiben, sondern es muss auch die Haltung der Tiere überprüft werden“, kommentiert AbLer Martin Steinmann. Er ist Neuland-Schweinebauer bei Osnabrück und hält Legehennen. In Bauernkreisen werde das Thema unterschiedlich diskutiert. „Einige Fleischerzeuger fühlen sich angegriffen, andere gehen sehr selbstkritisch mit dem Thema um“, berichtet Steinmann.

Berit Thomsen



Menschen und Macht, Schweine und Milch

Im Fokus der diesjährigen Diskussion der AbL-Tagung standen die Märkte und die Forderung nach mehr Einfluss für Bäuerinnen und Bauern

In einer kurzen Einführung stellte Wyno Zwanenburg, Vorsitzender der niederländischen Schweinehalterorganisation Nederlandse Varkenshouders (NVV) seine Organisation vor. Der freiwillige Zusammenschluss von ca. 2.000 Schweineproduzenten erfasst ca. 60 Prozent der niederländischen Schweine. Die Organisation pflegt Kontakte zur deutschen und dänischen Interessenvertretung der Schweinehalter, ISN und DSB. Ziel ist es, einen für die Produzenten auskömmlichen Preis am Markt zu erzielen. Beklagt wird der immer größer werdende Abstand zwischen Verbraucher und Produzent, der mit einem ständigen Machtwachstum der Schlacht- und Handelsunternehmen einhergeht. Für Wyno Zwanenburg ist klar, dass das Angebot sich an der Nachfragesituation orientieren muss und einer aktiven Regulierung in Erzeugerhand bedarf. Um Verbraucher auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, hat die NVV in Vergangenheit Blockaden an Schlachthöfen und vor Supermärkten organisiert.

Zusammen mit den NGO's

Mit ihrem Schritt in die Öffentlichkeit muss sich die NVV auch der gesellschaftlichen Diskussion zur Art und Weise der Tierhaltung und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit stellen. Für die Schweinehalter sei dies von Vorteil, da die eigenen Forderungen teilweise durch die der NGOs gestärkt würden. Allerdings, so Zwanenburg, der selbst 1.000 Sauen hält, müssen gemeinsame realistische Ziele gefunden werden. Dass sich die deutschen, in der ISN organisierten Schweinehalter eine derartig weitgehende strukturelle Neugestaltung des Absatzmarktes nicht vorstellen können, stellte Günther Völker, Sauenhalter aus Westfalen, klar. Die Aussage der ISN sei noch immer: Wir sind Unternehmer in einem freien Markt. Nach Einschätzung der ISN, so Völker, müsse man nur dem Verbraucher die moderne Art der Tierhaltung erklären, um bei diesem mehr Akzeptanz zu erreichen. Dass inzwischen schon 30 bis 40 Prozent der Produzenten zu Lohnmästern geworden sind, ignorieren die Verantwortlichen der ISN. Vielmehr hängt man mit Marktanalysen und Entwicklungsprognosen am in der Vergangenheit durchaus funktionierenden Schweinezyklus. Nach Völkers Analyse sind es aber vor allem die immer größer werdenden Betriebe mit ihren finanziellen Verpflichtungen, die eine flexible Reaktion auf

aktuelle Preisentwicklungen unmöglich machen. Während früher Betriebe durch längere Leerstände das Angebot von Schlachtschweinen und damit den Preis regulieren konnten, müssen Großbetriebe durchgängig produzieren, auch weil Verflechtungen mit Schlachtunternehmen und der Futtermittelindustrie immer weiter zunehmen. Nach Völkers Beobachtungen kommt auf drei schlechte Jahre nur ein auskömmliches. Ausdrücklich warnt der Schweinehalter, der seinen Betrieb mit ca. 150 Sauen gerade an seine Kinder übergeben hat, vor einem Strukturbruch in den kommenden zwei Jahren. Dieser wird beflügelt von dem anstehenden Verbot des Schwänzekupierens und der betäubungslosen Kastration, aber auch dem derzeitigen Investitionsboom bei Stallneubauten und den infolge der wachsenden Zahl an Biogasanlagen immer weiter steigenden Pachtpreisen.

BDM nach einem rechtlich verbindlichen Rahmen, in dem sich Bauern zusammenschließen können, um gegenüber der Abnehmerseite machtvoller aufzutreten, fehlen auf europäischer Ebene. Allerdings, so Schaber, müsse man feststellen, dass auch in Deutschland, wo mit dem Marktstrukturgesetz eine Bündelung z.B. bei der Milch von weit über 50 Prozent möglich wäre, dies nicht gelingt, weil die Bauern nicht handeln.

Machtverhältnisse ändern

Auf die Frage nach den konkreten Machtverhältnissen beim Kampf um einen fairen Preis antwortete Wyno Zwanenburg, dass der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) am empfindlichsten reagiert. Viele Ketten haben inzwischen eigene Marken, deren Image unbeschädigt bleiben soll. Sowohl die NGOs als auch die Landwirte konfrontieren den LEH öffentlich mit ihrer jeweiligen Forderung

stand vor allem bei Projekten jenseits dieser Grenzen entstehe. Auch im Bundeslandwirtschaftsministerium werde derzeit über Obergrenzen diskutiert, allerdings, so Niemann, lägen diese ca. doppelt so hoch. Den zukünftigen Rahmen einer artgerechten Tierhaltung erläutert Niemann am Beispiel der Schweinehaltung. Schon jetzt gebe es klare Vorgaben der EU, die das derzeit gängige Kupieren von Schwänzen verbieten und einen Zugang zu Stroh fordern. Diese beiden Vorgaben führen nach Niemann dazu, dass Schweinehalter in Zukunft Ställe mit Auslauf bauen werden, da nur so die vom Schwein angestrebte Trennung von Kot und Liegebereich betriebswirtschaftlich sinnvoll realisiert werden kann. Gleichzeitig registriert Niemann das Bestreben vieler Landräte in den Zentren der Massentierhaltung, konkrete Steuerungsmöglichkeiten zu bekommen, um den Neubau von Ställen



Engagierte Podiumsteilnehmer (v.l.) Romuald Schaber, Wyno Zwanenburg, Eckhardt Niemann und Moderator Ulrich Jasper

Foto: Herzog

Mit Wohlwollen hat Romuald Schaber, Präsident des European Milkboard und Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter, die Marktdiskussion der niederländischen Schweinehalter verfolgt. Prinzipiell, so der Milchviehhalter aus dem Allgäu, sind die Ursachen der Probleme in beiden Sparten sehr ähnlich und nur langfristig zu lösen. Der für den wirtschaftlichen Erfolg der Bauern notwendige Preis ist für die Abnehmer, nach Schabers Beobachtungen, gar nicht entscheidend. Diese orientierten sich vor allem an den Umsätzen. Sowohl im Schweinebereich als auch im Milchsektor steigt die Konzentration auf der Verarbeitungsebene, bei Molkereien und Schlachtereien. Die Forderungen des

nach höheren Preisen, mehr Nachhaltigkeit, Tierschutz und einer umweltverträglichen Produktion. Der Einzelhandel möchte aber in Ruhe verkaufen. Dass Zwanenburg mit seinen Einschätzungen bezüglich des Einflusses der NGOs nicht falsch liegt, bestätigt Eckhardt Niemann, AbL-Mitglied und Koordinator des Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken. Gefordert wird ein Verbot von Agrarfabriken. Dabei orientiert man sich, auch der Praktikabilität wegen, an den vom Bundesimmissionsschutzgesetz vorgegebenen Bestandsgrenzen (1.500 Mastschweine, 560 Sauen, 600 Kühe, 15.000 Hühner). Die Erfahrung zeige, dass diese Größen das Empfinden der Bevölkerung wiedergeben, da Wider-

verhindern zu können. Allein schon diese Entwicklungen würden, so Niemann, wenn sie umgesetzt werden, zu einer deutlichen Reduktion der Tierzahlen, einer Verknappung des Angebots und damit zu höheren Erzeugerpreisen führen.

Bauanträge auf Vorrat

Günther Völker zitiert Archimedes: Gebt mir einen Punkt, auf dem ich stehen kann, und ich hebe Euch die Welt aus den Angeln. Allein für die Schweinehalter gebe es diesen Punkt derzeit nicht. Vielmehr können man die Entstehung einer Blase beobachten. Viele Betriebe stellten Bauanträge

Fortsetzung Seite 12 unten

Das Land in die Hand der Bauern!

Unterschiedliche Einflüsse auf den Bodenmarkt machen es bäuerlicher Landwirtschaft schwer

Der elementarste Faktor, der nötig ist für bäuerliches Wirtschaften, ist der Boden. Ohne Land keine Landwirtschaft. Dass der Zugang zu Boden nicht für alle Bäuerinnen und Bauern gleich möglich ist, ist nicht neu. Aktuelle Beispiele für nicht von bäuerlichen Interessen geleitete Landnahmen wurden in dem Forum „Landgrabbing und die ostdeutsche Bodenpolitik“ auf der Tagung der AbL-Mitgliederversammlung in Altenkirchen dargestellt. Welche internationalen Auswirkungen der Landhunger von – in Zeiten der Finanzkrise plötzlich an soliden Werten interessierten – Investmentbanken hat, stellte Benjamin Luig von Misereor vor. Landgrabbing in Ländern des Südens, in denen zum Teil kaum funktionierende Rechtssysteme den traditionellen Bewirtschaftern des Landes kaum Handhabe gegen den Einzug international agierender Unternehmen bieten, entwickelt eine zunehmende Dynamik. In den Jahren 2001 bis 2011 wurden schätzungsweise 227 Mio. Hektar Land mehr oder weniger illegal annektiert, die ursprünglichen Besitzer vertrieben oder Schlimmeres. Das Interesse ist nur im seltensten Fall ein landwirtschaftliches: Die Beteiligten am Landgrabbing sind jeweils zu einem Viertel Investmentfirmen, Industrieunternehmen, nicht zu identifizieren und im weitesten Sinne Agrarakteure. Auf die Frage nach dem Warum für ihr Engagement auf dem Acker antworteten die meisten Finanzfirmen mit dem Argument der Sicherheit vor Geldentwertung und dem Glauben, dass agrarische Rohstoffe weniger von der Wirtschaftskrise betroffen sind als andere Spekulationsobjekte wie Immobilien. Auch

nicht um die bäuerliche Bewirtschaftung von Land ging es im Transformationsprozess der ostdeutschen Landwirtschaft nach der Wende.

Solidarität

Das machte einmal mehr Jörg Gerke, Bauer in Mecklenburg-Vorpommern deutlich. Entscheidend war der Erhalt der alten Machtnetzwerke, die Bedienung der bisherigen Profiteure und die Manifestierung der landwirtschaftlichen Großstrukturen. Bis heute sorgen Politik und Institutionen wie die BVVG dafür, dass eine bäuerliche Landwirtschaft dort kaum eine Chance hat. Eines der wenigen Beispiele, wie

eine Auseinandersetzung um Land vielleicht einmal positiv ausgehen kann, stellte Julia Bar Tal vor. Ihre Geschichte über die Gründung eines landwirtschaftlichen Betriebs in der Nähe von Berlin ist eine Geschichte über Hartnäckigkeit, Kreativität und den Willen, emotionale Kälte, Einsamkeit und Intransparenz überwinden zu wollen. Darin unterstützte sie auch der Landtagsabgeordnete der Grünen in Brandenburg, Axel Vogel. Durch Bündnisse mit den immer mehr werdenden Initiativen gegen agrarindustrielle Tierhaltungsanlagen könnten Bäuerinnen und Bauern erreichen, dass sie besser gehört und beide Seiten in der Durchsetzung

ihrer Ziele gestärkt würden. Transparenz, Solidarität und Gerechtigkeit gehörten zu den Voraussetzungen, die das Plenum identifizierte, um der ungerechten Landnahme oder Verteilung etwas entgegen zu setzen. Dabei kommt der bäuerlichen Bewegung zu Gute, dass Landgrabbing in der Gesellschaft mit Interesse verfolgt wird. Die Probleme bei uns über die internationalen Verwerfungen in die mediale Öffentlichkeit zu bringen, nahm die Versammlung als eine Anregung mit. Julia Frenzel von der jungen AbL betonte, dass man intensiv zum Thema arbeiten wolle und zeigte weiter mögliche Aktivitäten auf. cs



Die Agrarreform braucht gesellschaftliches Engagement! Auf zur Demo „Wir haben es satt!“ am 12. Januar in Berlin.

Foto: Herzog

Fortsetzung von Seite 11

„auf Vorrat“, um einer sich ändernden Gesetzgebung bzw. den Nachbarn zuvorzukommen. Begünstigt wird diese Entwicklung durch billiges Geld. Während früher 30 Prozent Eigenkapital notwendig waren, werden Ställe heute zu 100 Prozent fremdfinanziert. Gleichzeitig gibt es ein Gespür dafür, dass diese Entwicklungen keine Lösung der Probleme sind. Dass die immer wieder geforderte Kostenoptimierung durch Rationalisierung und Wachstum der falsche Weg ist, stellte die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch fest. „Auf diese Weise läuft man einem angemessenen Preis immer hinterher.“ Vielmehr müsse man die Forderungen der NGOs beachten, da sie die

Bewegungen und die Menschen vertreten und zeigen, welche Anforderungen die Verbraucher an die Herstellung und die Qualität ihrer Lebensmittel haben. Darüber hinaus stellt Maria Heubuch, selbst Milchbäuerin aus dem Allgäu, fest, seien viele Verbraucher durchaus bereit, mehr Geld für die Lebensmittel auszugeben, wenn sichergestellt wäre, dass dieses bei den Bäuerinnen und Bauern ankommt und nicht entlang der Verarbeitungskette verloren geht. Um dies zu erreichen, muss ein Machtausgleich zwischen Bauern, Verarbeitung und Handel durch die Politik und oder durch die an einer nachhaltigen Lebensmittelproduktion interessierten

Bevölkerung hergestellt werden. Verwundert gab sich der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf über die Anwesenheit von Zwanenburg: „Warum soll sich die AbL für einen Betrieb mit 1.000 Sauen engagieren? Welchen Sinn kann ein Bündnis mit der NVV haben?“

Gesellschaftliche Bündnisse

Die Argumente sind Grundlage der jahrzehntelangen AbL-Arbeit. Auch der Milchstreik des BDM hat gezeigt, dass Preissteigerungen möglich sind, wenn man die Menge reguliert. Gemeinsamkeiten mit den Betrieben der NVV erkennt zu Baringdorf, Biobauer aus

Westfalen, an den Argumentationslinien und stellt fest, dass auch den hoch rationalisierten Betrieben kein ausreichender Gewinn geblieben ist. In zukünftigen Diskussionen gehe es darum, ein gemeinsames Bild der Landwirtschaft der Zukunft zu entwickeln. Hierzu müssten breite Bündnisse unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen geschlossen werden. Innerhalb der Allianzen seien die Landwirte dafür verantwortlich, dass die Forderungen der Verbraucher eine praktische Umsetzung erfahren. „Es ist an den Bäuerinnen und Bauern, die Landwirtschaft der Zukunft zu gestalten.“ mn

Ciolos nicht alleine lassen

Die Vorschläge zur Agrarreform enthalten gute Ansätze, die es zu verteidigen und auszubauen gilt

Die Vorschläge der Kommission zur EU-Agrarreform liegen auf dem Tisch. Alle haben im Vorfeld versucht, sie nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Jetzt ist keiner wirklich zufrieden. Welche AbL-Forderungen sind aufgenommen, welche fehlen, was sagen andere Gruppierungen zu den Entwürfen? Die Besetzung des Podiums ließ spannende Auseinandersetzungen erwarten. Neben den beiden Bundesvorsitzenden der AbL Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und dem Vorsitzenden des Landesverband Bayern Joseph Schmidt hatte sich Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM, spontan bereit erklärt, an der Diskussion teilzunehmen. Die Politik wurde von den Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorf (Grüne) und Hans Georg von der Marwitz (CDU) vertreten.

Eine Konzentrationswalze

In seinem Eingangsstatement bezog sich von der Marwitz, der im Oderbruch 900 ha, aufgeteilt in drei selbstständige Betriebe, bewirtschaftet, auf die Situation in den neuen Bundesländern. Nach seinen Erfahrungen findet zum aktuellen Zeitpunkt eine massive Konzentration statt. Immer wieder

würden bestehende Betriebe an Finanzinvestoren verkauft, die auf diese Weise zu Besitz von 12-, 15-, 20.000 ha kämen. Interessant für die Investoren sei das Land vor allem wegen der Flächenprämie. Deshalb begrüßt er eine Deckelung der Agrarzahlungen und eine Staffelung. Nach seiner Vorstellung tritt eine Kappung ab 1.500 ha ein. Von 500 bis 1.000 ha eine Kürzung um 25 Prozent, darüber bis 1.500 ha um 50 Prozent. Die nicht ausgezahlten Gelder blieben im jeweiligen Bundesland. Über die zweite Säule wäre es so möglich, die betriebliche Vielfalt und mittelständische Agrarstrukturen sowie die ländliche Entwicklung zu fördern. Den politischen Fahrplan bis zum Angestrebten inkrafttreten der Reform zum 1.1.2014 versuchte Friedrich Ostendorf abzustecken. Vor allem die anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich könnten dazu führen, dass der französische Präsident Nicolas Sarkozy, der Mittel der zweiten Säule kürzen will, sich nicht zu den aktuellen Plänen äußert. Die in Deutschland anstehenden Bundestagswahlen könnten ein ähnliches Stillhalten bewirken. Sollte dies der Fall sein, wäre eine Um-

setzung zu Anfang 2014 nicht mehr möglich. In diesem Fall verlängert sich die bestehende Regelung um ein Jahr. Bezüglich der aktuellen Entwürfe registriert Ostendorf, dass alle geforderten Elemente (Greening, Arbeit, Kappung und Degression) bis auf die Eiweißpflanzen eingeflossen sind. Allerdings sind sie nicht stark genug ausgebaut, um Wirkung zeigen zu können.

Starke Bewegung

Eine bessere Wertschätzung der Arbeit fordert Joseph Schmidt von der AbL-Bayern, der für eine generelle Abkehr von der Förderung der Fläche hin zu einer reinen Förderung der Arbeit warb. Auch Romuald Schaber zeigte eine gewisse Zuneigung zu einer stärkeren Förderung der Arbeit. Sein vordringliches Anliegen war jedoch eine EU-weit gültige, auf den Einzelbetrieb abgestellte Milchmengenregelung. Nur mit einer Mengensteuerung in bäuerlicher Hand könne man auf den auch durch den demographischen Wandel verursachten Absatzrückgang bei Milch managen, ohne dass es zu einer massiven Aufgabe bäuerlicher Betriebe kommt. Maria Heubuch machte deutlich, dass

Agrarkommissar Ciolos zwar wenig Rückhalt bei den Regierungen der Mitgliedsländer für seine Reformvorschläge habe, dass aber ein breites gesellschaftliches Bündnis in ganz Europa die Vorschläge mitträgt. Als fatal wertete Maria Heubuch die Tatsache, dass die Vorschläge beinhalten, man müsse sich um Anteile am Weltmarkt bemühen. Zu Baringdorf betonte, dass zukünftig eine stärkere Berücksichtigung der Arbeit erfolgen müsse, gab allerdings auch zu bedenken, dass eine Bindung von Zahlungen an standardisierte Arbeitsintensitäten schnell zu einer Förderung von Lohndumping führen könne. Denn je günstiger die standardisierte Arbeit erledigt würde, desto größer wäre der Profit des Unternehmers. Ausdrücklich kritisierte zu Baringdorf, dass der Leguminosenanbau nicht, wie von der AbL gefordert, einen Anteil von 20 Prozent in der Fruchtfolge einnehmen soll, sondern nach den Vorschlägen der Kommission zukünftig eine Möglichkeit sein soll, die geforderten 7 Prozent ökologische Vorrangfläche zu bewirtschaften. Insgesamt bewertete er den Entwurf als einen großen Schritt, warnte jedoch: „Es ist noch nichts in trockenen Tüchern!“ *mn*

Einheimische Leguminosen statt Soja aus Übersee

Großes Interesse am Austausch zur gentechnikfreien Fütterung

Gute Laune und einen regen Austausch von Erfahrungen und Erfolgen aus der bäuerlichen Praxis gab es in dem Forum „Wege aus der Futtermittelpportsackgasse – Eiweißpflanzenanbau und gentechnikfreie Fütterung“. Es wurden neue Projekte und eine Lieferantenliste für gentechnikfreie Futtermittel vorgestellt, über Alternativen zur Sojafütterung diskutiert und Ideen für eine zukünftige Zusammenarbeit und Vernetzung gefunden. Christine Weißberger vom Forum für internationale Agrarpolitik e.V. informierte die Zuhörer über Auswirkungen und Probleme des Sojaanbaus in Übersee und dessen Auswirkungen auf Mensch, Klima, Umwelt und Landwirtschaft. Annemarie Volling von der AbL forderte die Bäuerinnen und Bauern auf, nur gentechnikfreies Soja zu kaufen und vermehrt einheimische Leguminosen anzubauen. Sie stellte eine neue Liste von Anbietern für gentechnikfreie Futtermittel vor. Die Liste enthält 100 Bezugsadressen aus Deutschland von Futtermittellieferanten, die Produkte ohne Gentechnik anbieten, und ist auf der Seite www.gentechnikfreies-futter.de zu finden.

Direkt aus der Praxis berichtete Milchbauer Ernst Steenken aus Niedersachsen über die erfolgreiche Gründung einer Einkaufsgemeinschaft für GVO-freie Futtermittel und seine Erfahrungen mit Futtermittelhändlern (*siehe unabhängige Bauernstimme 11/2011*).

Erfahrungen austauschen

Dass die Versorgung von Geflügel, Schweinen und Milchkühen mit einheimischen Eiweißfuttermitteln auch Probleme und Hindernisse mit sich bringt, weiß Martin Steinmann aus dem Vorstand von Neuland e.V. Den Versuch, statt Soja aus Übersee Fischmehl und Kartoffeleiweiß an seine Mastschweine und Hühner zu verfüttern, musste der Landwirt aus dem Tecklenburger Land aus ethischen und Kostengründen aufgeben. Trotzdem will Steinmann möglichst auf Importfutter verzichten. Jedoch auch der regionale Anbau von Leguminosen bringe viele Probleme in der Ertragssicherheit, Vermarktung und durch die große Konkurrenz marktdominanter Früchte wie Weizen, Raps und Mais mit sich, so seine Erfahrungen. „Wir brauchen bessere Züch-

tung und mehr Beratung“, forderte er, „wir müssen Druck auf die Politik ausüben, damit der Eiweißpflanzenanbau mehr gefördert wird!“

Dass das Thema bewegt und ein großer Bedarf an Information und Austausch zum regionalen Leguminosenanbau vorhanden ist, zeigt das neue AbL-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“. Projektleiter Christoph Dahlmann aus Nordrhein-Westfalen präsentierte ak-

tuelle Zahlen und Fakten zum Leguminosenanbau und gab Einblicke in die Ziele des Projekts und resultierende Forderungen.

In einem waren sich alle Teilnehmer des Forums einig: Der Bedarf an Erfahrungsaustausch über Anbau, Probleme und Vermarktung von Leguminosen ist groß. Deshalb beschlossen die Bauern und Bäuerinnen ein „Netzwerk Leguminosen“ einzurichten. (siehe Seite 17) *mh*



„...die Grenze zum Querdenken ausschöpfen...“

Die jAbL trifft sich zur 4. Tagung zu den Themen Wachstum und Ernährungssouveränität

Begleitet von strahlendem Sonnenschein und spätherbstlichen Temperaturen traf sich die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) Mitte November zu ihrer 4. Tagung: „Weiter wachsen, um satt zu werden?“ Während andernorts die Narrenzzeit eingeläutet wurde, wehte im Tagungshaus der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen ein Windhauch von kritischer Auseinandersetzung und Veränderung. Ausgelöst durch ein Zusammentreffen von etwa 30 Menschen, die zusammen kamen, um gemeinsam mit ihren Ideen und Vorstellungen für eine bessere Gegenwart und Zukunft zu arbeiten. Nach dem Abendessen begann die Tagung mit einem zweistündigen Rundgespräch mit dem Titel „Wer kann dem Wachstum entkommen?“. Drei kurze Impulsvorträge verschiedener Referenten sorgten für anregenden Diskussionsstoff. Robert Gödicke (B. Sc. Ökologische Landwirtschaft) gab einführende Einblicke in die Nachhaltigkeitsforschung. Mit ihrem zentralen Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit stellte er sie als interdisziplinäre, zukunfts- und prozessorientierte Forschungsströmung dar und hob dabei besonders die unbedingte Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure für eine globale nachhaltige Entwicklung hervor.

Sich über kleine Dinge freuen

Der Landwirt Bruno Horrichs berichtete von der Entwicklung seines in der

Eifel gelegenen Milchviehbetriebes und seinen Erfahrungen mit dem allgegenwärtigen Wachstumszwang. Er appellierte nicht ohne Witz und Humor daran, „...die Grenze zum Querdenken auszuschöpfen...“ und „...sich über die kleinen Dinge zu freuen...“. Damit verriet er sein persönliches Rezept, um sich, im Rahmen des Machbaren, über lange Jahre hinweg dem bestehenden wirtschaftlichen Wachstumszwang zu widersetzen und dem Trend zur industriellen Landwirtschaft nicht zu folgen. Sein Mut und seine Entschlossenheit, ein persönliches und verantwortungsvolles Verhältnis zu seinen Tieren zu behalten und „...ihre Namen noch zu kennen...“, wirkte beeindruckend und inspirierend. Als Dritter berichtete der Aktivist Gualter Barbas Baptista über eigene Erfahrungen und Erlebnisse mit dem „degrowth-movement“ im Kampf gegen soziale und politische Ungerechtigkeiten. An zahlreichen Beispielen wurden von ihm die wichtigen Aspekte Vielfalt und Entwicklungsfähigkeit des politischen und öffentlichkeitswirksamen Aktivismus beleuchtet. Das Rundgespräch sowie die anschließende spannende Diskussion moderierte Berit Thomsen (Mitarbeiterin der AbL). Der zweite Teil des Abends wurde durch eine Lesung zu dem Thema „Ernährungssouveränität und Mikrofinanz in Südasien“ gestaltet. Der eingeladene Schriftsteller und Journalist Gerhard Klas füllte den Raum durch seine frische und begeisterte Art. Er machte

deutlich, dass ganze Landstriche oder gar Länder durch Mikrokredite in einen nicht enden wollenden Teufelskreislauf von Abhängigkeit, Verzweiflung und Entsolidarisierung gestürzt werden. Obwohl diese Folgen von vornherein absehbar sind, wird diese

Betrieb mit Wohnprojekt in Bienenwerder bei Berlin, von der kollektiven Wohn-, Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Gualter Barbas Baptista gab Einblicke in die Aktivist*innenbewegung „reclaim the fields“, die sich mit Landnutzung und Landzugang beschäftigt.



Lockere Arbeitsatmosphäre bei der jungen AbL-Tagung

Fotos: Herzog

Praxis sowohl durch die Politik als auch von Seiten der Wirtschaft geduldet und sogar noch voran getrieben. Mit den Lesebeiträgen und spannenden Anekdoten seiner zahlreichen Asienaufenthalte hinterließ er viele teils lustige, aber auch ernüchternde und alarmierende Eindrücke.

Am zweiten Veranstaltungstag berichtete Julia Bar-Tal, Auszubildende Landwirtin der Freien Ausbildung, aus dem Kollektiv Ö.L.i.B. e.V, einem Bio-

Für ihn muss gerade auch in den Städten die aktionspolitische Debatte um Landzugang angeregt werden. Am Nachmittag entstanden selbstorganisierte, aktionsorientierte Workshops in spontanen Arbeitsgruppen mit Themen wie: „Die kritische, konstruktive Auseinandersetzung mit Landvergabe, -nutzung und -besitz“, eine „Ideenentwicklung und -sammlung für öffentlichkeitswirksame politische Aktionen“, eine „Konzeption grundsätzlich nachhaltiger Hofkonzepte“, sowie eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der nächsten jAbL-Tagung.

Via Campesina

Der letzte thematische Input der Veranstaltung wurde von Irmi Salzer von der österreichischen Bergbauern- und Bäuerinnen Vereinigung und Via Campesina Österreich gegeben. Sie stellte die Organisationsstruktur und die Arbeitsfelder der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) vor und gewährte einen lebendigen Einblick in einen internationalen und bewegten Arbeitsalltag. In der letzten abschließenden Stimmungsrunde aller Anwesenden wurde klar: Ein bestärktes Gefühl darin, für die richtige Sache zu kämpfen, nehmen wohl alle der anwesenden Tagungsteilnehmer mit nach Hause. Ich freue mich schon jetzt auf die kommende Frühjahrstagung der jAbL.

Robert Gödicke,
studiert Ökolandbau in Witzenhausen



Auswirkungen auf den Alltag

Die Nachbaugebührengesetzgebung und die landwirtschaftliche Praxis

Geraschel im Blätterwald – zur Jahreszeit passend könnte man meinen – das umschreibt treffend unterschiedliche Vorgänge im Zusammenhang mit den Nachbaugebühren. Da gibt es einmal einen Brief gemeinschaftlich formuliert vom deutschen Raiffeisenverband, dem Bundesverband der VO-Firmen und dem Bundesverband der agrargewerblichen Wirtschaft. Adressat ist die Arbeitsgemeinschaft der Saatgutverkehrskontrollen der Länder und zum Inhalt hat der Brief die rechtliche Einschätzung der Aufzeichnungspflichten im Zusammenhang mit der Nachbauregelung die den Aufbereitern von Saatgut obliegen, durch die Rechtsbeistände der drei Absender. Sie kommen zu dem Schluss, dass Aufbereiter Sortennamen nicht an die Saatguttreuhand-Verwaltungs GmbH (STV) weitergeben müssen, wenn sie sie nicht wissen. Ihre Kunden, also die Bauern und Bäuerinnen, die Sortennamen aber auch nicht nennen müssen, wenn sie ihr Getreide zum Aufbereiten bringen. Man könne die Aufbereiter nicht zwingen das Geschäft mit dem Landwirt abzulehnen, so die Aufbereitervertreter. Auch wenn sie in ihre Rechnung einfach nur „Sorte unbekannt“ eintrügen, erfüllten sie die Aufzeichnungspflichten „voll und ganz.“ Ob

dieser Brief geschrieben wurde, weil es da entsprechende Unstimmigkeiten gab, bleibt verborgen, wichtig ist jedoch, dass sich die Aussage deckt mit der Auslegung, die die IG Nachbau stets vertreten hat. Bauern und Bäuerinnen sollten das im Kopf haben, wenn sie das nächste Mal bei der Anlieferung von ihrem Aufbereiter nach der Sorte gefragt werden.

STV Säbelrasseln

Eine weitere aktuelle Frage rund um die Nachbaugebühren ergibt sich durch die Tatsache, dass es durch die Zunahme im Maisanbau auch ein zunehmendes Interesse von Bauern und Bäuerinnen gibt, Roggen als Zwischenfrucht bzw. als Winterbegrünung nach der späträumenden Hauptfrucht einzusetzen. Zum Teil sind es regionale Umweltprogramme, die eine Winterbegrünung vorschreiben, zum Teil ackerbauliche Überlegungen, die gerade Roggen, den man noch aus der eigenen Ernte übrig hat, ins Blickfeld rücken. Der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) ist das nicht verborgen geblieben, und sie hat über Rundschreiben und Mitteilungen in den landwirtschaftlichen Wochenblättern, deutlich gemacht, dass der Nachbau von Hybridroggen gänzlich ver-

boten sei und für Populationsorten natürlich Nachbaugebühren fällig würden. Ob dies auch die Auffassung eines Gerichts wäre, würde man es zum Rechtsstreit kommen lassen, ist allerdings offen. Schließlich ist es tatsächlich eine berechtigte Frage, die betroffene Bauern und Bäuerinnen und unterschiedlichste landwirtschaftliche Berater nun stellen, ob denn die Auffassung der STV auch gilt, wenn am Ende gar nichts geerntet wird. Oder andersherum: bezieht sich das Recht der Züchter auf Nachbaugebühren nicht unter Umständen nur auf Nachbau, bei dem die Nachbauer einen wirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen, weil sie etwas ernten, was sich wieder verkaufen lässt? Im Fall des Zwischenfruchtanbaus kann man zwar auch einen wirtschaftlichen Nutzen konstatieren, der ist aber kaum quantifizierbar und deutlich geringer als beim Verkauf von Erntegut. So muss man sich dann fragen: selbst wenn der Zwischenfruchtanbau nachbaugebührenpflichtig ist, sind dann die gleichen Gebühren anzusetzen wie beim Hauptfruchtanbau, da im Sortenschutzgesetz ja etwas von der Verhältnismäßigkeit der Nachbaugebühren, die gewahrt werden muss, drin steht? Bislang wurde noch kein Fall bekannt, bei dem ein Bauer oder eine Bäuerin kontrolliert und wegen Zwischenfruchtanbaus zur Kasse gebeten wurde, es bleibt erst einmal abzuwarten, ob die STV ihren Ankündigungen an dieser Stelle Taten folgen lässt. Deutlich wird an beiden Beispielen einmal mehr, wie weitreichend die Nachbauregelung in die landwirtschaftliche Praxis eingreift und es damit umso wichtiger wird, zukünftige Verschärfungen zu verhindern. cs



Roggen als Zwischenfrucht. Gebührenpflichtig oder nicht?

Foto: ©BLE, Bonn/Stephan

Gentechnikfreier Pflanzkartoffelanbau

Vermehrer und Züchter verpflichten sich zu eindeutigen Vorkehrungen

Vorsorge ist besser als am Ende das Nachsehen zu haben, sagte sich offenbar der Bundesverband deutscher Saatguterzeuger (BDS) und erweist sich damit als unvermutet visionär. Er hat jüngst seine Mitglieder darüber informiert, dass er mit dem Bundesverband deutscher Pflanzkartoffelzüchter (BDP) einen Vorsorgevertrag zur Pflanzkartoffelerzeugung entwickelt hat. Die Empfehlung an die Vermehrer lautet, diesen in jedem Fall mit den Züchtern als Zusatzvereinbarung zum Vermehrervertrag zu unterschreiben. Der Inhalt ist so einfach wie eindeutig: Wer den Vertrag unterschreibt, verpflichtet sich als Erzeuger konventionell gezüchteten Pflanzguts, nicht gleichzeitig gentechnisch verän-

derte Kartoffeln zu vermehren. Auch ist es untersagt, konventionelle Kartoffelvermehrungen auf Flächen durchzuführen, auf denen jemals gentechnisch veränderte angebaut wurden. Es ist ein Abstand von konventionellen Kartoffelvermehrungsflächen zu Genkartoffeläckern von mindestens 100 Metern festgelegt, individuelle, aber nur weitergehende Maßnahmen können eingefügt werden. Ernte, Lagerung, Aufbereitung auf einem Betrieb sind ebenfalls nicht möglich, sogar für Transport und überbetrieblicher Maschinennutzung wird ein Entweder-Oder festgeschrieben. Den Vermehrer wird auferlegt, mit allen Züchtern, mit denen sie zusammenarbeiten, so einen Vertrag zu schließen, bei Verweigerung

Einzelner muss dies den Übrigen offengelegt werden. Natürlich muss alles dokumentiert und rückverfolgbar sein. Der Vertrag ist streng im Sinne der gentechnikfreien Landwirtschaft. Wer in seinem Betrieb Pflanzkartoffeln vermehrt, der darf mit gentechnisch veränderten Kartoffeln nicht das Geringste zu tun haben. Offenbar ist der Druck des Handels entsprechend groß, der eindeutig keine Gentech-Erzeugnisse will. Das Signal ist damit klar: Auch wer die ökonomische Basis seines Vermehrungsbetriebs nicht gefährden will, sollte von Genkartoffelexperimenten die Finger lassen. Schön, dass die Bewegung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft hier Schützenhilfe von unerwarteter Seite erhält. cs



QSS-Audit

Mit der im Frühjahr angelaufenen „Auditierungs-offensive“ der Gemeinschaftsfonds Saatgetreide (GFS) sollen bis Mitte 2012 alle Aufbereiter von Saatgut das Qualitätssicherungssystem für Z-Saatgut (QSS) in ihren Betrieben eingeführt haben. Etwa 300 Betriebe hätten sich laut GFS schon auditieren lassen, nochmal so viele planten das fürs neue Jahr. Wie viele gerade kleinere Betriebe die Aufbereitung von Saatgut aufgeben, weil sie sich dem aufwändigen und kostenintensiven Verfahren nicht stellen wollen, wird nicht offenbart, sondern wird wohl als notwendiger Strukturwandel verbucht. cs

VO-Fusion

Es gehe um die Stärkung ihrer Position gegenüber den Pflanzzüchtern, ließen die sechs mittelständischen VO-Firmen verlauten als Begründung für die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens. Zu gleichen Teilen sind die Gesellschafter der neuen PSG GmbH die Altmarksaa- ten Stendal GmbH, die ATR Landhandel GmbH & Co. KG in Ratzeburg, die Beiselen GmbH in Ulm, die Rudolf Peters Landhandel GmbH & Co. KG in Winsen/Luhe, die Saatgut 2000 GmbH in Claußnitz und die S.G.L. Saaten, Getreide, Landhandel GmbH mit Sitz in Erfstadt. Man trage dem fortschreitenden Strukturwandel in der Branche Rechnung und wolle Synergien bei der Produktion und einem gemeinsamen Versuchswesen nutzen. cs

Fortuna für die BASF?

Die BASF wagt den Versuch, eine gentechnisch veränderte (gv) Speisekartoffel – sie trägt den vielversprechenden Namen „Fortuna“ – mit einer Resistenz gegen Kraut- und Knollenfäule auf den Markt zu bringen. Fortuna enthält zwei mittels Gentechnik übertragene Resistenzgene aus einer südamerikanischen Wildkartoffel und wurde bereits einige Jahre zu Versuchszwecken angebaut. Jetzt beantragte die BASF Plant Science die EU-Zulassung für den kommerziellen Anbau sowie zur Verwendung als Lebens- und Futtermittel. Die BASF rechnet 2014 oder 2015 mit einer Markteinführung. Bislang hatte der Ludwigshafener Chemiekonzern mit seinen Gentechnik-Produkten Pech. Die gv-Stärkekartoffel Amflora, die seit 2010 in der EU angebaut werden darf, wurde erst nach 13 Jahren zugelassen und dann postwendend in 3 Mitgliedsstaaten verboten. Gleich im ersten Anbaujahr verursachte die BASF selber eine Kontamination des Pflanzguts mit der eigenen nicht zugelassenen gv-Kartoffel Amadea. Trotz des von ihr selbst hoch gelobten Sicherheitskonzeptes hat sie Verunreinigungen offenbar nicht im Griff. Die Anbauzahlen blieben bislang marginal, weil alle drei Stärkefabriken in Deutschland gleich nach der Zulassung große Bedenken gegen Amflora geäußert hatten, weil sie ihre Lebensmittelkunden nicht verlieren wollen. Der Speisemarkt, den nun Fortuna erobern soll, ist ein sehr empfindlicher Markt. Schon jetzt müssen Kartoffelproduzenten die Gentechnikfreiheit ihrer Ware garantieren. Eine Befragung von Greenpeace bei großen Chips- und Pommeshherstellern ergab, dass diese nicht planen, Fortuna zu verarbeiten. *Annemarie Volling*

Peru verbietet GVO

Mit nur drei Enthaltungen hat das peruanische Parlament Anfang November für ein zehnjähriges Moratorium gestimmt, das Einfuhr und Produktion von gentechnisch veränderten Organismen verbietet. Das Gesetz tritt nach Unterzeichnung durch Präsident Humala in Kraft. Schon im Juni hatte das Parlament ein vergleichbares Moratorium erlassen, das aber vom peruanischen Präsidenten nicht unterzeichnet worden war. Um damalige Kritikpunkte aufzunehmen, sind im jetzigen Moratorium GVO, die für die Forschung sowie die Herstellung von pharmazeutischen wie veterinärmedizinischen Produkten verwendet werden und bei denen Peru den bestehenden Regelungen internationaler Handelsverträge unterliegt, ausgenommen. Auch ausgenommen ist der Import von gv-Zusatzstoffen, die für die Herstellung von Lebens- bzw. Futtermitteln vorgesehen sind. Allerdings müssen alle GVO einer Risikobewertung unterzogen werden. Der Präsident der peruanischen Landwirtschaftskommission betonte die Bedeutung der Entscheidung für den Schutz der Artenvielfalt und für die Produktion gentechnikfreier und ökologischer Lebensmittel. Peru ist einer der weltgrößten Exporteure für biologische Produkte (Kaffee, Kakao, Baumwolle, Früchte). *mn*

Tomatenpatent wird Grundsatzentscheidung

Bei der Anhörung des Tomatenpatents (EP1211926) Anfang November in München hat das Europäische Patentamt (EPA) überraschend entschieden, das Patent auf Tomaten der Großen Beschwerdekammer zur Entscheidung vorzulegen. Damit folgte es den Forderungen der Kritiker, die Patente auf Pflanzen und Tiere grundsätzlich in Frage stellen. Die Große Beschwerdekammer ist die höchste, interne Instanz des EPA und wird darüber zu entscheiden haben, ob Pflanzen (und Tiere), die aus traditioneller Züchtung stammen, grundsätzlich patentiert werden können oder nicht. Die Entscheidung wird voraussichtlich erst in ein bis zwei Jahren fallen. Den Patentkritikern rund um das Bündnis „Kein Patent auf Leben“ ist es wichtig, dass die Bundesregierung endlich klare gesetzliche Regelungen schafft, die Patente auf Tiere und Pflanzen, Saatgut und Produkte klar verbieten. *Annemarie Volling*

Gentechnikfreie Futtermittel in Deutschland

Die Abl hat eine aktuelle Liste mit Bezugsadressen von gentechnikfreien Futtermittellieferanten erstellt. Über 100 Futtermittelfirmen können bundesweit sowohl Rinder-, Schweine- als auch Hühnerfutter sowie auch pures Sojaschrot liefern. Die Bezugsliste findet sich unter www.gentechnikfreie-fuetterung.de. Wer darüber hinaus von anderen Firmen mit gentechnikfreien Futtermitteln beliefert wird, gebe bitte diese Infos zur fortlaufenden Aktualisierung der Liste weiter an: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de. *Annemarie Volling*

Kurzes am Rande

Aigner muss klagen

Das Patent auf Brokkoli darf nicht bestehen bleiben

Anlässlich der weiterhin bestehenden Unklarheiten bezüglich des vor der großen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts verhandelten Patents auf Brokkoli und Tomate (siehe letzte *Bauernstimme*) fordert Christoph Then, Patent-Berater von Greenpeace und Sprecher des Bündnisses „Keine Patente auf Saatgut!“, die Bundesregierung auf rechtliche Schritte gegen das Patent zu ergreifen. Dessen Geltung kann vor nationalen Gerichten angefochten werden. „Agrarministerin Ilse Aigner muss gegen das Brokkoli-Patent Klage beim deutschen Bundespatentgericht einreichen“, sagt Then. „Nach den europäischen Patentgesetzen dürfen Pflanzensorten und deren Züchtung nicht patentiert werden. Die Interessen der Verbraucher, Landwirte und Züchter müssen von der zuständigen Ministerin geschützt werden.“ Diese Einschätzungen ergänzen sich mit den Aussagen der Ministerin zum Thema. Auf der ministeriumseigenen Homepage bezieht Aigner Stellung und stellt fest: „Wir können neue Verfahren bei Pflanzen und Tieren nicht wie sonstige technische Verfahren behandeln. Die Schöpfung gehört allen Menschen“, so Aigner. In Bezug auf das aktuell in der Diskussion befindliche Patentverfahren, bei dem in einem sogenannten Product-by-Process-Verfahren, bei dem aufgrund des Herstellungsverfahrens das Endresultat, in diesem Fall ein Brokkoli, patentiert wurde, merkt Aigner an: „Ich habe erhebliche Zweifel

darin, ob das patentierte Verfahren beim Brokkoli eine Innovation bei der Kreuzung und Züchtung, also bei der Herstellung, ist. Meiner Meinung nach stellt die markergestützte Selektion nicht mehr als einen Arbeitsschritt dar. Dann würde es sich jedoch nicht um ein Herstellungsverfahren, sondern allenfalls um ein Arbeitsverfahren handeln, von dem kein abgeleiteter Stoffschutz auf die einzelnen Erzeugnisse ausgeht. Diese Bedenken habe ich auch dem Präsidenten des Europäischen Patentamtes mitgeteilt“, sagte Aigner.

Klare Haltung erforderlich

Allein diese Mitteilung hat nicht gereicht, das Patentamt umzustimmen. Vor diesem Hintergrund ist es von Seiten der Kritiker nur folgerichtig, die Ministerin mit Nachdruck auf den Klageweg hinzuweisen. Vor allem weil derzeit weitere Patente erteilt werden oder sich im Zulassungsverfahren befinden. Am 2. November wurde der Firma Bayer vom EPA ein Patent auf traditionell gezüchtete Gurken erteilt. Dem Amt liegen zudem Patentanträge auf Brot, Nudeln und Bier aus Gerste, die traditionell gezüchtet wurde, vor. „Das Europäische Patentamt finanziert sich durch Patentvergaben und will rasch weitere Patente erteilen“, sagt Ruth Tippe von der Initiative „Kein Patent auf Leben!“. „Wenn das so weiter geht, werden die Konzerne schon bald Patente auf Luft, Licht und Liebe beantragen.“ *mn*



Patentierter Biodiversität, verkannte Kulturleistung. Nicht mit uns!

Foto: FLMK

Neues von Erbse, Bohne und Co.

Erste Ergebnisse aus dem Leguminosen-Monitoring in NRW

Es war wieder einmal ein extremes Jahr. Eine früh einsetzende Trockenheit bis in den Juni hinein machte vielen Leguminosen-Beständen zu schaffen. Innerhalb des nordrhein-westfälischen AbL-Projekts „Vom Acker in den Futtertrog“ wurden Ergebnisse der Praxis speziell bezüglich des Anbaus von Körnerleguminosen erhoben. Feldprotokolle, angelehnt an die Ackerschlagkartei, konnten an mehr als 25 BetriebsleiterInnen verteilt werden, die Leguminosen anbauen. Darüber hinaus wurden Erfahrungen, Probleme und daraus resultierender Forschungsbedarf aus Sicht der Praxis abgefragt. Die Analysen erfolgten in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen für Ökologischen Land- und Gartenbau. Die vom Projekt durchgeführten Erhebungen und Dokumentationen fanden auf konventionellen und auf ökologisch wirtschaftenden Betrieben statt.

Wintererbsen und Winterackerbohnen

Der Schwerpunkt liegt natürlich auf den Sommerungen. Aber in letzter Zeit ist das Interesse und der Anbau von Winterleguminosen wie der Winterackerbohne und der Wintererbse gerade im Ökologischen Landbau gestiegen. Durch den frühen Wintereinbruch sind die vom Monitoring erfassten Wintererbsen und Winterackerbohnen mit Aussaatterminen zwischen dem 07. und 29. Oktober 2010 teils erst unter der Schneedecke aufgelaufen. Natürlich kam der Wintereinbruch mit zum Teil sehr tiefen Temperaturen relativ früh, trotzdem bleibt die Frage, ob die Aussaattermine in der Zukunft früher liegen müssen. Ein Saatzeitpunkt in der letzten September- bzw. der ersten Oktoberwoche scheint erstrebenswert. Bei der Winterackerbohne sollte bei der Aussaatmenge ihre höhere Bestockungsfähigkeit gegenüber den Sommervarietäten berücksichtigt werden. 25 bis 30 Körner je m² scheinen angemessen zu sein. Ertraglich konnten die Winterungen nicht überzeugen. Die Winterackerbohnsorte Hiverna brachte in den beiden ökologischen Betrieben 15 beziehungsweise 30 dt/ha. Die Wintererbse EFB 33, die wegen ihres starken Massenwachstums und daraus resultierender starker Lageranfälligkeit häufig im Gemenge mit Getreide angebaut wird, zeigte teils zufriedenstellende Erträge, winterete teilweise aber aus, litt unter der Trockenheit oder entwickelte sich so stark, dass sie das Getreide mit ins Lager zog. Ertragsanteile im Gemenge von bis zu 15 dt/ha wurden erzielt. Die Wintererbsensorte Isaard konnte auf einem konventionellen Betrieb im Westerwald immerhin 35 dt/ha

in Reinsaat erzielen gegenüber 25 dt/ha Ertrag von Sommererbsen.

Optimale Aussaatbedingungen

Die Aussaatbedingungen gestalteten sich in diesem Jahr für die Sommerleguminosen ideal. Die ersten Betriebe säten bezie-



Trotz ausgeprägter Frühjahrstrockenheit gab es speziell auf den schweren Böden bei der Ackerbohne teils sehr gute Erträge.
Foto: Dahlmann

ungsweise legten ihre Ackerbohnen schon ab dem 10. Februar. Erbse und Lupine haben wegen ihrer geringeren Frosthärte einen späteren Aussaattermin und wurden zwischen dem 15. und 22. März gedrillt. Bei der Aussaat speziell der Ackerbohne muss auf eine gleichmäßige Tiefenablage geachtet werden. Sechs bis acht cm sind hier anzustreben, was zuweilen mit Schleppschartechnik schwer zu realisieren ist. Bei den Erbsen sollten es vier bis sechs cm sein, der Lupine reichen drei cm Saattiefe.

Die Bestände liefen schnell auf, litten dann aber zusehends unter der einsetzenden Trockenheit. Bei den Ackerbohnen und teils auch bei den Erbsen war ein relativ hoher Druck des Blattrandkäfer zu beobachten. Das Problem sind weniger die Fraßschäden der Käfer am Blatt als die an den Wurzelknöllchen fressenden Larven, die so die Stickstoffversorgung der Pflanze beeinträchtigen. Weitere Probleme waren auf einigen Betrieben Blattläuse, Schokoladenfleckenkrankheit, Rost und der Bohnenkäfer. Bei einigen Flächen kam die Unkrautproblematik, unabhängig vom Bewirtschaftungssystem, hinzu. Ackersenf, Melde, Ausfallraps und nesterartig auch die Ackerkratzdistel waren die Hauptproblemunkräuter.

Bei den Körnerträgen sind Unterschiede zwischen dem ökologischen und dem konventionellen Landbau erkennbar. So schwankten die Erträge zum Beispiel bei den Ackerbohnen im konventionellen

von 30 dt/ha bis zu Erträgen von 74 dt/ha, mit einem Ertragsschwerpunkt von 50 bis 60 dt/ha. Im Ökologischen Landbau bewegten sich die Erträge vom Totalausfall bis zum Höchstertrag von 44 dt/ha. Der Ertragsschwerpunkt lag hier bei ungefähr 35 dt/ha. Es lässt sich die

leichte Tendenz erkennen, dass dichtere Pflanzenbestände – auch bis zu 50 Pflanzen je m² und mehr – besser droschen. Dies ist aber vorerst ein Jahreseffekt und lässt keine zwingende Empfehlung für die nächste Anbausaison zu. Die gemessenen Rohproteinwerte lagen zwischen 21,9 Prozent und 26,7 Prozent und damit in einem niedrigeren Bereich.

Im Ökologischen Landbau zeigt sich die höhere Diversität auch in der Anbauform von Leguminosen. Hier spielt der Gemengeanbau eine wichtige Rolle. In diesem Verfahren können die Gesamterträge stabilisiert werden, da ein möglicher Ausfall einer Art durch die andere kompensiert werden kann.

Fazit

Die bisherigen Auswertungen zeigen, dass die Körnerleguminosen in diesem Jahr überraschten – im positiven wie im negativen Sinne. Speziell bei den Ackerbohnen im konventionellen Anbau wurden auf schweren Böden zum Teil Spitzenerträge geerntet. Teilweise konnten auch die wenigen Erbsenflächen überzeugen. Es gab aber auch Totalausfälle. Natürlich lässt sich aus einem Jahr wenig ableiten, dennoch zeigen die Ergebnisse, dass eine Leguminose, die auf dem richtigen Standort steht, Potenzial hat.

Christoph Dahlmann

Detaillierte Ergebnisse und weitere Infos: www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de

Castor „unwissenschaftlich“

Während diese Zeitung entsteht, geht der Transport von radioaktiven Atommüllcastoren aus Frankreich in der Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben in die heiße Phase. Im Wendland herrscht der Ausnahmezustand. Dabei ist nach wie vor mehr als umstritten, ob dieser Castortransport überhaupt hätte genehmigt werden dürfen. Bereits im Sommer waren am Zwischenlager in Gorleben so hohe Strahlenwerte gemessen worden, dass der Einlagerungsbetrieb sofort hätte unterbrochen werden müssen. Dennoch hat der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) nach mehreren Kontrollmessungen und Hochrechnungen des TÜV den jüngsten Transport zugelassen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages bezeichnete die Auswertung der Landesregierung allerdings als „wenig überzeugend“ und „unwissenschaftlich.“ cs

Kirche ohne Gentechnik

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat im November eine Richtlinie beschlossen, wonach künftig die Investition des landeskirchlichen Kapitalvermögens in Gentechnik-Saatgut ausgeschlossen ist. Sie ist die erste von 22 Gliedkirchen, die den Leitfaden für eine ethisch nachhaltige Geldanlage der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) umgesetzt hat. Unter ethischen Gesichtspunkten setzt die EKM Unternehmen, die gentechnisch verändertes Saatgut herstellen, mit Waffenproduzenten gleich.
Annemarie Volling

Neue Tierschutzkennzeichnung für mehr Absatz

Der Tierschutzbund erhofft sich durch das neue Siegel auch das eigene Neulandprogramm zu fördern

Nachdem auf europäischer Ebene seit einigen Jahren über die Einführung eines Tierschutzlabels diskutiert wird und auch die Bundesregierung ein Gutachten zu den Perspektiven eines Europäischen Tierschutzlabels erstellen ließ, wird der Deutsche Tierschutzbund (DTB) Anfang kommenden Jahres mit einem Label in Deutschland auf den Markt kommen. Dabei sieht sich der Tierschutzbund als Lizenzgeber, der zwar aktiv an der Ausarbeitung der Kriterien, der Ausgestaltung des Logos sowie der Kontrollbedingungen und -abläufen mitwirkt, sich aber nicht an der praktischen Umsetzung beteiligt.

Hintergrund ist die immer wiederkehrende Kritik an Haltungsbedingungen vor allem von Mastgeflügel und Mastschweinen. Dabei ist es für den Verbraucher oft unmöglich sich ein objektives Bild zu machen. In letzter Konsequenz jedoch ist es der Verbraucher, der mit seiner Kaufentscheidung die Produktionsbedingungen bestimmt. Bei den Legehennen hat der langjährige Protest, aber vor allem der Verbraucherwillen, zu einer Kennzeichnung der Haltungsform und in der Folge zu einem Verbot der Käfighaltung in Deutschland geführt. Zumindest Teile der Verbraucher, so die Ergebnisse der Marktanalysen, interessieren sich für Produkte, bei denen der Tierschutz eine besondere Rolle spielt. 20 Prozent der Verbraucher sind nach Einschätzung der Wissenschaftler der Universität Göttingen bereit, für Tierschutz mehr Geld auszugeben.

Schon vor mehr als 20 Jahren haben derartige Überlegungen zur Gründung des Neuland-Fleisch-Programms geführt. Für das von der AbL, dem BUND und ebenfalls dem Deutschen Tierschutzbund getragene Programm produzieren über 200 landwirtschaft-

liche Betriebe nach den strengen, einer artgerechten Tierhaltung verpflichteten Neulandkriterien.

Gemeinsam entwickelt

Das jetzt vom Deutschen Tierschutzbund neu propagierte Tierschutz-Label entstand in Zusammenarbeit einer Gruppe von Wissenschaftlern der Universitäten Göttingen und Kassel gemeinsam mit dem Deutschen Tierschutzbund, dem Friedrich-Loeffler-Institut, dem Verein Neuland sowie Unternehmen der Schlacht- und Lebensmittelbranche. Das freiwillige Label definiert Standards für Aufzucht, Mast, Transport und Schlachtung von Masthühnern und Mastschweinen.

Dabei sind zwei Standards vorgesehen, ein Silber- und ein Gold-Standard. Zu den Eckpunkten gehören in der ersten Labelstufe neben der Umstellung auf Ställe mit Strukturierung, mehr Platz und Beschäftigungsmöglichkeiten, ein Verbot des Schwänzekupierens und des betäubungslosen Kastrierens bei Schweinen. Bei Masthühnern sollen nur Rassen zugelassen werden, deren Tageszunahmen so bemessen sind, dass sie nicht zu Knochen- und anderen zuchtbedingten Tierschutzproblemen führen. In der zweiten Labelstufe werden vor allem Auslauf und Freilandhaltung gefordert. Im Bezug auf die Fütterung besteht ein Verbot des Einsatzes von Gentechnik.

Derzeit werden die Kriterien verfeinert, Kontrollbedingungen und Abläufe durch die ganze Vermarktungskette hindurch entwickelt. Die ersten Produkte könnten Anfang kommenden Jahres in den Läden angeboten werden

Ein bisschen Tierschutz und mehr

Zwei unterschiedliche Standards müsse es geben, so der Tierschutzbund, damit auch „Teilentwicklungen oder kleine Entwicklungsschritte hin zu mehr Tierschutz“ unterstützt werden. Das Interesse der betei-

igten Unternehmen, allen voran Vion, einen breiten, niederschweligen Marktzugang zu haben, dürfte aber auch eine Rolle gespielt haben. Auf dem Fleischmarkt besteht eine erhebliche Konkurrenz. Hinter dem Branchenführer Tönnies konkurrieren vor allem Westfleisch und Vion um Absatzmärkte. Westfleisch hat durch ein extrem niederschwelliges Tierwohl-Label einen ersten Vorstoß gemacht, um neue Marktsegmente zu erschließen. In den Niederlanden hat Vion Erfahrungen mit dem Label „Better Leven“, einem dreistufigen Tierschutzlabel, gesammelt. Preislich wird für den Silberstandard mit einem Mehrpreis von ca. 10 bis 15 Cent gerechnet. Im Vergleich: Der Mehrpreis bei Tierwohl von Westfleisch liegt in der Größenordnung von 3,5 Cent. Der Goldstandard orientiert sich am Preisniveau von Neulandprodukten, etwa auf dem Niveau von Biofleisch.

Für die am Programm teilnehmenden Landwirte wird es darum gehen, selbst einen finanziellen Gewinn zu erwirtschaften. In der Vergangenheit ist immer wieder zu beobachten, dass die Mehrerlöse gerade ausreichen, die aus höheren Standards resultierenden Kosten zu decken. Der vom Verbraucher bezahlte Mehrpreis

muss auch für die Landwirte eine Einkommensverbesserung sicherstellen.

Kritische Stimmen

In ersten Reaktionen auf das neue Label wird bemängelt, dass die Gefahr besteht, den beteiligten Unternehmen, bisher Vion, könnte der Silberstandard genügen. Für den Verbraucher sei der Unterschied der zwei Standards, mit dem zu erwartenden deutlichen Preisunterschied nicht ersichtlich. Damit der Premiumstandard als Ziel nicht verloren geht, sollen die Handelsunternehmen vom Tierschutzbund verpflichtet werden, immer beide Standards nebeneinander anzubieten. Zusätzlich plant der Tierschutzbund weitgehende Vorgaben in Bezug auf die Auslobung und Präsentation der Produkte. Diese sollen dann von den teilnehmenden Unternehmen auf eigene Kosten nach den Vorgaben des Tierschutzbundes umgesetzt werden.

Angebot besteht bereits

Schon jetzt erfüllen neben Neuland alle Bioverbände die Premiumkriterien des geplanten Tierschutzlabels. Für den Verbraucher wird in Zukunft also vor allem noch eine günstigere Variante auf niedrigerem Niveau hinzukommen. *mn*



Artgerecht gehaltene Neulandschweine kann man auch öffentlich zeigen. Foto: Redaktion

Leserbrief

zur Meldung: Bioverbandsszene aufgemischt (bs 11.11)

Verbände müssen unabhängig bleiben

Oftmals liebe ich Eure kritische Sicht auf die Dinge, bei der Lektüre der vergangenen Ausgabe aber war ich doch ein wenig überrascht. Da schreibt Ihr, dass im neuen Bundesverband Ökologischer Landbau (BVÖL), mit gegründet unter anderem vom Ökoverband Biokreis, der Bauernverband nicht unerheblichen Einfluss habe. Ich bewirtschaftete selbst einen Biokreis-Betrieb im Nebenerwerb und habe mir diesen Öko-Verband damals

gezielt ausgesucht. Denn Biokreis will bewusst bäuerliche Betriebe stärken, hat Bestandsobergrenzen für alle Tierarten (z.B. 6.000 Legehennen, 200 Mutterkühe etc.), verknüpft im Biokreis e.V. Verbraucher, Verarbeiter und Erzeuger (alle können im Verein Mitglied sein), lädt jährlich zur Mitgliederversammlung (alle Mitglieder, nicht nur Delegierte!) und vieles mehr. Natürlich sind im Biokreis Bauernverbands-Betriebe ebenso Mitglied wie

AbL-Betriebe. Was übrigens auch bei Bioland und Naturland so ist. Das ist auch richtig so. All diese Verbände sind unabhängig vom Bauernverband und konzentrieren sich auf ihre Arbeit für die Ökolandwirtschaft. So soll es ja auch sein.

Insofern ist der BVÖL sicherlich nur ein Ansatz, die kleinen und mittleren Erzeugerverbände im BÖLW (Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft) besser zu koordinieren. Für mich ist der

Biokreis auch ein Garant dafür, dass der neue BVÖL im Sinne der Ökolandwirtschaft unabhängig von allen berufsständigen Verbänden – egal ob AbL oder DBV – handelt.

Ich denke, es sollte klar gestellt werden, dass Biokreis auf jeden Fall ebenso unabhängig von diesen Verbänden handelt wie die anderen großen Ökoverbände auch.

Peter Schmidt, Biokreis-Landwirt,
51643 Gummersbach

Leserbriefe zum Artikel: KWS, ökologisches Saatgut, Gentechnik (bs 11.11)

KWS: Ein global Player in Gentechnik

Herr Volz hat recht, wenn er sagt: Bio-saatgut und Gentechnik geht nicht zusammen. In der Zeitschrift *Ökologie und Landbau* 1/2011 wurden unter der Überschrift „Standpunkt“ zu diesem Thema zwei verschiedene Meinungen vorgestellt und zu Leserbriefen ermutigt. Weil ich ein konsequenter Gegner der grünen Gentechnik bin, habe ich einen ausführlichen Leserbrief geschrieben und angekündigt, dass ich die Zeitschrift, die ich seit Beginn ihres Bestehens abonniert und immer gerne gelesen habe, kündigen werde, sobald noch mal eine Anzeige der KWS darin erscheint. Das ist nun geschehen und ich habe gekündigt, weil ich den Eindruck habe, dass Herr Zerger das Anliegen der Gentechnikkritiker nicht verstehen kann oder will, wie übrigens auch viele Biobauern, die offenbar nichts dabei finden, wenn sie Saatgut von einem der größten Gentechnikkonzerne in Deutschland verwenden. Die KWS ist ein „Global Player“ in Gentechnik, tut alles, um sie zu fördern, Politiker, viel Geld und ihr Partner Monsanto helfen dabei und der ökologische Landbau hat es gar nicht mehr nötig, Saatgutzüchtung nach eigenen Kriterien zu betreiben.

Ich bin mit fast 85 Jahren aber jetzt zu alt, um mich weiter mit den Gentechnik-Verharmlosern auseinanderzusetzen und durch die Kündigung der Zeitschrift kann ich meine Stimme dort nicht mehr erheben, werde also auch nicht mehr gehört.

Ich wundere mich nur, dass die Nachfahren der Pioniere des Ökologischen Landbaues und deren Verbände nichts dabei finden, ihr Saatgut bei der KWS zu kaufen.

Die KWS hatte die clevere Idee, nebenher auch ein wenig Ökosaatgut in ihr Programm aufzunehmen, vermutlich zur Gewissensberuhigung, zur Imagepflege und womöglich ohne großen Gewinn, aber sicher mit dem Hintergedanken, den Widerstand bei der Verfolgung des Unternehmensziels der Branche: „No food shall be grown, that we don't own“ leichter zu brechen.

Das könnte bedeuten, dass die Anhänger der nach Meinung des Weltagrarberichtes als Leitbild einzig zukunftsfähigen Landwirtschaftsform noch zu meinen Lebzeiten das „Totenglöcklein“ des ökologischen Landbaues läuten müssen. Schade!!

Dr. Helmut Gundert
72649 Wolfschlugen

Wo liegt die Grenze?

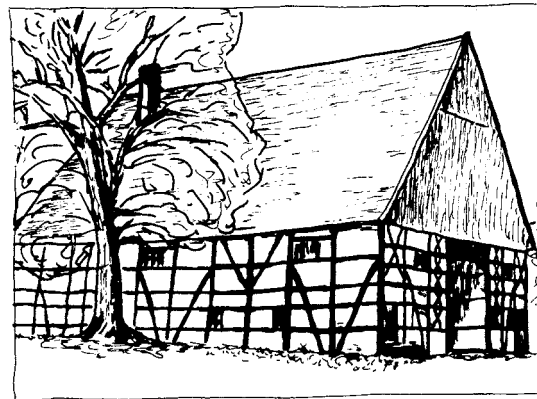
Das in unserer Mitgliedszeitschrift *Lebendige Erde* für Saatgut der Firma KWS erworben wird, wurde mir erst bewusst, als dies vor einiger Zeit ein Leserbriefschreiber monierte. Da in der darauf folgenden Ausgabe trotz dieser Kritik jedoch wieder eine KWS-Anzeige erschien, verlieh auch ich mittels eines Leserbriefs meinem Unverständnis Ausdruck, erhielt allerdings vom Chefredakteur nur eine ähnliche Aussage wie Benjamin Volz bei seiner Recherche, nämlich, dass man die Leser/ Bauern nicht bevormunden wolle, dass sie doch selbst entscheiden könnten, ob sie von so einem Konzern ihr Saatgut beziehen. Nun stellt die Veröffentlichung einer Annonce in einer Zeitschrift, der ich vertraue, schon so etwas wie eine Empfehlung dar – jedenfalls empfinde ich das so – und damit trägt der Chefredakteur auch eine gewisse Verantwortung bei der Auswahl der Inserenten. Wo liegt denn die Grenze: bei Syngenta oder Bayer, bei E.ON, bei Nestle oder bei Monsanto?? In jeder neuen Ausgabe, auf die ich mich an sich schon freute, wieder dieses Är-

gernis: eine KWS-Anzeige, teil sogar mit einem (bei Demeter verbotenen!) Hybridroggen im Angebot. Anfang diesen Jahres hatten wir dann endgültig die Nase voll und forderten den Chefredakteur der *Lebendigen Erde* auf, uns die Mitgliedszeitschrift bis auf weiteres (also bis die unselige KWS-Reklame daraus verschwunden ist) nicht mehr zuzusenden und das dadurch von unserem Mitgliedsbeitrag eingesparte Geld an den Rechtshilfefonds Gatersleben zu überweisen. Und – man stelle sich vor! – nach ein bisschen Hin und Her ließ er sich auf diesen Vorschlag ein. Besonders viel Geld ist auf dem Gatersleben-Konto wohl nicht eingegangen, aber immerhin, und wir brauchen uns nicht mehr alle zwei Monate über die Inkonsequenz unserer Bioverbandszeitschrift zu ärgern. Und – wir geben die Hoffnung nicht auf: Vielleicht liegt ja eines Tages wieder eine *Lebendige Erde* in unserm Briefkasten, rein und unbefleckt von einer KWS-Anzeige. Wir würden uns freuen!”

Elke Hochreiter
84508 Burgkirchen

Wenn der Bauer in die Stadt muss

Es ist schrecklich, durch eine Stadt laufen zu müssen, aber noch schrecklicher durch einen Supermarkt. Nun liegt das Ereignis schon einige Jahre zurück, doch das Vertrauen der Familie in meine Einkaufskompetenz hat sich nicht wieder erholt. Ich musste zum Zahnarzt und Waltraud hatte eine kurze Einkaufsliste bereit liegen. „Du musst ja ohnehin fahren, dann kannst du auch schnell ein paar Sachen mitbringen. Hier ist der Zettel. Das meiste kann ich nächste Tage besorgen, wenn du wenigstens ein paar Rollen Klopapier mitbringst!“ „Aber wir haben ja noch eine. Das kommt doch nicht auf einen Tag an. Man sollte gar nicht soviel einkaufen. Das verschlimmert nur das ohnehin



aus Westfalen

schon übersteigerte Konsumverhalten.“

„Nun hör auf, ich hab ja schon alles andere gestrichen. Du kommst direkt bei Aldi vorbei. Hinten rechts in der Ecke siehst du das Klopapier sofort. Nimm drei Rollen mit und fertig.“

Gerade hatten wir unseren Hof umgestellt und voller Stolz auf diese Ent-

scheidung prankte ein großer Bioland-Aufkleber an unserem Bulli, und den parkte ich nach überstandener Zahnbehandlung auf dem Aldiparkplatz. Nun aber schnell, damit der Biobulli wieder vom Aldiparkplatz verschwindet. Im Laden hatte gerade ein Kunde seinen Einkaufswagen leer gepackt. Ich schnappte ihn und... da gab's entschiedenen Protest, den ich überhaupt nicht verstand. Er wollte eine Mark haben. Dass die Dinger damit aneinander gekettet werden, hatte mir natürlich niemand gesagt. Ja gut, die drei Rollen kann ich auch ohne Wagen transportieren. Nun aber möglichst schnell nach hinten in die rechte Ecke... nur, da waren keine Rollen. „Was ist das hier für ein Laden? Man findet ja überhaupt nichts!“, schimpfte ich vor mich hin. „Ach Heinrich, du bist auch hier!“, ertönte eine Stimme von gegenüber. „Verdammt nochmal, nein“, rief ich und versuchte so schnell wie möglich rauszukommen. Direkt vor der Kasse fiel mein Blick auf das linke Regal: Da lagen die Rollen Klopapier. Um einen solchen Auftrag auf absehbare Zeit nicht noch einmal zu erhalten, nahm ich hastig sechs statt drei Pakete, klemmte sie unter den Arm, bezahlte an der Kasse und rannte schnell durch die Ausgangstür. Dann verschwand ich endlich mit dem Biobulli vom Aldiparkplatz.

Kurz darauf erschien ich am Familientisch. „Was hast du denn da mitgebracht?“ Es waren sechs Rollen Haushaltspapier. Ob sie jemand mit der Kreissäge durchgesägt hat, weiß ich nicht mehr, wohl aber, dass es einer meiner ersten und auf jeden Fall mein letzter Einkauf war.

Ein Bauer (66) erzählt ...

Zwei Tickets Afrika, hin und zurück

Wenn ein Biokontrolleur und ein Öko-Wissenschaftler eine Reise tun...

Bei einer Reise durch die scheinbar endlosen, menschenleeren, aber tierreichen Trockengebiete des südlichen Afrikas kommt so manch Spannendes zu Tage. Während Elefanten und Büffel unserem über die Staubpisten rauschenden Geländewagen geschickt aus dem Wege gingen, vertieften wir Reisende uns in den Dschungel der Biowelt – aber davon später. Wir Reisende waren Prof. Dr. agr. habil. Gerold Rahmann vom Institut für Ökologischen Landbau in Trenthorst und ich, Heinrich Rahlfs, freier Bio-Inspektor. Ziel der Fahrt nach Namibia, Botswana und Zimbabwe war es, Kontakte aufzubauen und ein Konzept für ein eventuell gemeinsames Afrika-Projekt für den Ökolandbau zu planen.

Ganzheitliches Wirtschaften

Gleich zu Beginn unserer Reise bekamen wir einen entscheidenden Impuls, in welche Richtung es gehen sollte. Wir besuchten die Farm Oasis von Gus Barnes in Ghanzi, Botswana. Gus Barnes ist einer der entscheidenden Vermittler im südlichen Afrika für gutes, praktiziertes Holistic Management (betrachten und bearbeiten der Dinge in ihrer Gesamtheit). Die Farm, welche er seit 1980 bewirtschaftet, liegt 25 km südlich von Ghanzi, nahe der Westgrenze Botswanas zu Namibia in der Semi-Kalahari. Im Durchschnitt der letzten acht Jahre sind jährlich 420 mm Regen mit einer Spannbreite von 210 mm bis 696 mm gefallen. Auf Farm Oasis leben von 18.832 ha Grasland heute 4.500 Rinder und das frei lebende Wild. Gut 4 ha Savanne je Rind ist nur möglich durch ein ausgeklügeltes Weidemanagement mit den Kenntnissen

der Erhaltung und Förderung des Grasbestands. Allgemein wird in der Gegend um Ghanzi mit 10 ha je Rind und mehr gerechnet.

Einer der zentralen Punkte im Holistic Management ist die nachhaltig geplante Weidewirtschaft. Aber es beinhaltet mehr, nämlich: Ökonomie, Ökologie und Soziales mit der Intention, einer Wüstenbildung und/oder Verbuschung entgegen zu wirken! Die Dauer und Intensität der Beweidung ist von großer Bedeutung für die Grasqualität und Quantität für die trockenen Wintermonate und das neue Wachstum in der Sommer-Regenzeit. Der Parasitendruck wird mittels Umtriebsweiden vermindert. So sind auf Oasis derzeit die Rindergruppen im Sommerhalbjahr erst nach 90 Tagen und im Winterhalbjahr erst nach 180 Tagen für maximal zehn Tage auf der gleichen Fläche! 64 Umtriebsflächen von im Durchschnitt ca. 290 ha machen dies möglich. Auf herkömmlichen Weideflächen müssen die Tiere oft lange Tagesmärsche absolvieren, um Wasser oder Gras zu erreichen. Auf der Farm von Gus Barnes wird durch ein ausgeklügeltes Weidensystem mit einer Gesamtlänge von 270 km für alle 64 Weiden ein ständig freier Wasserzugang zu einer der acht Wasserstellen erreicht. In euphorischer Stimmung haben wir Gus Barnes verlassen. Seine Tipps, Erfahrungen und Meinungen zum Holistic Management und der aktuellen Situation im südlichen Afrika sollten uns auf der weiteren Reise begleiten. Aber krasser konnten die Gegensätze wohl nicht sein! Auf der anderen Straßenseite der Oasis Farm werden 3.000 Mastbullen und -ochsen im Feedlot gehalten. Mais-

mehl aus den benachbarten Staaten wie Sambia, Südafrika und Mosambik wird in diesem Land mit 98 Prozent Graslandschaft an Wiederkäuer verfüttert. Nicht nur verrückt, wenn wir an die zurzeit andauernden Hungerkatastrophen am Horn von Afrika denken. Fleischerzeugung für die Reichen nach dem Vorbild der USA.

Nachhaltig und öko?

Wir setzten unsere Reise in Namibia auf der Farm Springbockvley von Judith Isele und Ekkehard Külbs in der Kalahari fort, welche ca. 180 km südöstlich der Hauptstadt Windhoek liegt. Ekkehard hat die 9.500 ha große Graslandfarm von seinen Eltern übernommen und führt sie seit 1990 nach den Prinzipien des Holistic Management, 2004 stieg Judith mit in den Betrieb ein. Die Fläche ist in 60 Umtriebsflächen untergliedert, in denen derzeit gut 700 Rinder der Rasse Nguni (in Namibia/Südafrika heimische, klein- bis mittelwüchsige Fleischrasse, krankheits- und hitzeresistent, leichtkalbig), ca. 5.000 Damara Schafe (in Namibia heimische, klein bis mittelrahmige Fleischrasse, Haarschaf mit einem ausgeprägten Fettschwanz), und ca. 350 frei lebende Springböcke und etwa 100 Oryxantilopen leben. Warzenschweine und Erdferkel werden nicht bejagt, so dass Zaunreparaturen zur täglichen Arbeit gehören, denn beide Spezies buddeln sich unter dem ca. 30 cm tief im Boden eingelassenen Draht durch. Erdferkel legen zudem bei ihrer nächtlichen Jagd auf Termiten ganze Zaunreihen um. Vor allem Schabrackenschakale oder größeres Raubwild wie Hyäne oder Wildhund nutzen Unter-

brechungen des Zauns. Die ganzheitliche Bewirtschaftung wurde uns nicht nur in Tier- und Weidewirtschaft gezeigt, sondern erstreckte sich neben dem Finanzmanagement sowie dem Umgang mit sozialen Aspekten auch auf die Energiegewinnung und auf die immer super leckeren Mahlzeiten mit allen Zutaten von der Farm und Ekkehard und Judiths Bio-Gemüsegarten. Und da war er, der Ansatzpunkt zur Bio-Landwirtschaft. Zertifiziert ist hier auf der Farm Springbockvley noch nichts, aber die Bemühungen laufen auf Hochtouren. In Namibia gibt es nun den ersten Ökoverband, die „Namibian Organic Association“ (NOA), deren nationale Öko-Standards kontrolliert werden. Allerdings mussten wir einwenden, dass nationale Standards wohl keine Chance auf dem Weltmarkt bekommen.

Im Prinzip könnte die Farm Springbockvley sofort gemäß EU-Bio-VO zertifiziert werden, wäre da nicht Urea (Harnstoff), welches den Rindern in den Wintermonaten mit dem Mineralfutter als Eiweißfutter zur Verfügung gestellt wird. Ersatz-Eiweißträger wie Bohnen oder Erbsen sind in Namibia nicht vorhanden und müssten importiert werden.

Standards erweitern

Diese Reise war zur Vorbereitung und Schaffung von Netzwerken ungeheuer wichtig. „Die zukünftige Lebensmittel- und agrarische Rohstoffproduktion wird sich verstärkt an ihrer Nachhaltigkeit (Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit

Fortsetzung Seite 21 oben



Auf der Farm Springbockvley: Judith Isele und Ekkehard Külbs mit einigen ihrer 700 Rinder.

Foto: Rahlfs

Fortsetzung von Seite 20

keit, Ressourcenverbrauch, Biodiversität, Lebensmittelqualität, Tierschutz etc.) messen lassen müssen“, konstatierte Prof. Dr. Gerold Rahmann. Der ökologische und der konventionelle Landbau stehen hier im Wettbewerb. Während der ökologische Landbau bislang das Image hat, einen Vorteil zu bieten, wird dieses zukünftig auch bewiesen werden müssen. Die Richtlinien und die Standards des ökologischen Land-

baus werden nicht ausreichen. Afrika ist ein Kontinent, welcher in den nächsten Jahren (wenn nicht Jahrzehnten) im Mittelpunkt der Entwicklungsbemühungen aus europäischer Sicht stehen wird. Deswegen ist die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren und deren Messung und Zertifizierung von Interesse, wenn die Produkte auf dem europäischen Markt vermarktet werden sollen.

Heinrich Rablfs,
langjähriger AbLer

Abopreiserhöhung

Liebe Leserinnen und Leser, der Aufsichtsrat der ABL-Bauernblattverlags GmbH hat zum Januar 2012 eine Erhöhung der Abopreise für die *Unabhängige Bauernstimme* beschlossen. Das normale Abo erhöht sich von jetzt 36 Euro auf 39,60 Euro pro Jahr und das Abo zum reduzierten Preis von jetzt 26 Euro auf 28,40 Euro pro Jahr. Seit 1999 ist der Abopreis für die Zeitung unverändert. Natürlich sind seitdem die Kosten für Personal, Technik und Druck gestiegen, was aber zum Teil durch die erfreuliche Steigerung der Zahl der Abonnenten aufgefangen werden konnte. Um die Zeitung auch in Zukunft für Bäuerinnen und Bauern sowie an Landwirtschaft und Agrarpolitik interessierte Menschen, für aktive Bürgerinnen und Bürger in wichtigen Bewegungen (kritische Gentechnikbewegung, Netzwerke ‚Bauernhöfe statt Agrarfabriken‘) als interessante und kritische Informationsquelle zu erhalten sowie für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein, werden wir die Redaktionsarbeit weiter verbessern und verstärken. Dies möchten wir auf einer soliden Finanzbasis anpacken und bitten dafür um Ihre und Eure Unterstützung.

Georg Janßen für den Aufsichtsrat ABL-Bauernverlags GmbH

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

Geheimnisse aus dem Klostergarten

In Fulda hinter den Klostermauern der Benediktinerinnen Abtei zur Heiligen Maria wurde schon „biologischer“ Gartenbau betrieben, als der Begriff noch gar nicht erfunden war. Experimentiert wird mit Spritzbrühen aus Pflanzen, mit Mischkulturen, Bodenbedeckung und in der Kompostierung mit einem Kräuterpulver, das seit 1953 in der Abtei hergestellt und vertrieben wird. Seit über vierzig Jahren betreut wird der Klostergarten von der Ordensfrau und diplomierten Gartenbauingenieurin Christa Weinrich. Nun ist das Buch „Geheimnisse aus dem Klostergarten“ in zweiter Auflage erschienen. Orientiert am Jahreslauf und eingeteilt nach den Monaten werden die Arbeiten im Gemüsegarten und in den Obstbaumkulturen vorgestellt und bewährte Methoden zu Aussaat, Pflege, Schädlingsabwehr, Fruchtfolge, Mischkultur, Ernte und Bodenbehandlung erläutert. Dabei ist der Text gespickt mit Fotos aus dem Klostergarten und liebevoll angefertigten Zeichnungen zu Details. Auch Rosen und andere Zierpflanzen wie Trockenblumen für winterliche Gebinde finden Berücksichtigung. Ein schönes Buch für alle, die tiefer in die Kunst des Gärtnerns und das Handwerk der Selbstversorgung einsteigen wollen. Sehr nett, wie sich Ordensbrüder und Schwestern bei ihrer täglichen Arbeit im Garten zuschauen lassen. we

Christa Weinrich OSB:
Geheimnisse aus dem Klostergarten, 150 Abbildungen, laminiertes Pappband, 22 x 16,5 cm, Kosmos-Verlag, 14,95 €, ISBN: 978-3-440-12708-7



Ein Garten- und Kochbuch für Kinder

Wer mit den Kindern der Vauxhall City Farm in London gärtnern und kochen lernen möchte, der braucht dafür nicht einmal einen eigenen Garten. Schon ein kleiner Balkon oder ein Fensterbrett genügen. Fotograf Will Heap hat in liebevollen Detailaufnahmen auf Papier gebannt, wie Stanley und Fiona, Matthew, Jamie, Molly und viele andere Kinder Kartoffeln in großen Kübeln ziehen, Spinat in Balkonkästen; Blaubeeren, Erdbeeren und bunte Salate in Töpfen. Und sollte wirklich noch ein Tontopf frei bleiben, dann lässt sich darin auch ein leckeres Sonnenblumenbrot backen.

Tipps für den grünen Daumen, Recycling von Pflanzgefäßen und Beschilderungen, Infos zu Pflanzenwachstum und Fotosynthese, Bienen und Bestäubung, Kompostbereitung und Nützlingen sowie Kniffe für die Küche und das Sammeln eigener Samen runden anschaulich und kindgerecht dieses Garten-Kochbuch für Kinder ab. Also, schon mal im Winter alles für die kommende Gartensaison vorbereiten, damit die Sprösslinge dann im Sommer aus dem eigenen Gemüse Möhren-Orangen-Muffins, Spinat-Törtchen, einen Regenbogen-Salat, Gemüse-Türmchen oder gar Rata-touille zubereiten können. Ein sehr gelungenes Kinderbuch, das den reichen Erfahrungsschatz aus der Arbeit mit Kindern der City Farm in London mit einer ansprechenden, kindgerechten Aufmachung verbindet. we

Vom Beet in den Topf, Ein Garten- und Kochbuch für Kinder; Dorling Kindersley Verlag, 80 S., gebunden, über 200 farbige Abbildungen, 284 x 225 mm, ab 6 Jahren, 9,95 €, ISBN 978-3-8310-1341-8





SA. 21.1.2012
11:30 UHR: BERLIN HBF.
DEMO
WIR HABEN
AGRAR-
INDUSTRIE
SATT!
WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckhardt Niemann, Tel.: 01511-1201634; mail: eckhardt.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorff, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel.: 04482/660; steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, info@agraruendnis.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039
 Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474,
 Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304;
 e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel.: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512;
 abllalgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel
 Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,
 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel.: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel.: 034465-21005; Frank Neumann, Tel.: 036623-23737

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Das erste Auto meiner Mutter war gelb – ein zitronengelber Simca mit der herrlichsten Fließhecksilhouette, die je gebaut wurde. Das war zu Zeiten, als Telefonzellen noch als gelbe Farbtupfer in den Städten und auf den Dörfern standen. Im Herbst zwischen dem gelben Laub, was gern auch golden verklärt wird. Heutzutage kommt ja alles immer früher, und wenn es also schon im September Spekulativ gibt, muss es also auch schon im Spätsommer gelbes Laub geben. Nicht an den Bäumen, das wäre anmaßend, sondern auf dem Acker. Nach den gelben Stoppelfeldern folgen nun immer häufiger gelbe Unkrautblätter. In manchen Gegenden haben totgespritzte Flächen zur entsprechenden Zeit schon fast einen landschaftsprägenden Charakter. Und nicht selten schwappt das Gelb auch auf den Ackerand, den Graben und den halben Weg mit über.

Nachdem sich über Jahrzehnte eine unsägliche Praxis des „hart ran an den Weg“-Ackerns etabliert hat, bezieht sich dies nicht mehr nur aufs Pflügen. Hart ran kann man auch spritzen, das nimmt den Unkrautdruck vom Acker. Es nimmt aber auch so

Eine Frage der Ehre

manchem Wanderer in der Landschaft das Verständnis für die Landwirtschaft. Nun mag man argumentieren, dass man es mit einer angehängten 36-Meter-Spritze nicht mehr so genau nehmen kann wie früher, als man nur eine Drillspur zu jeder Seite hatte. Aber das gilt nicht, darf nicht gelten! Landwirtschaft und insbesondere Pflanzenschutz müssen die gesellschaftliche Interessenslage ernst nehmen,

damit sie überhaupt auf Akzeptanz hoffen können. Ordentlich hart ran und damit den halben Weg tot zu spritzen kann man nicht ernst nehmen. Es kann keine gute fachliche Praxis sein großräumig abzuduschen, um vielleicht weniger Unkraut auf dem Acker zu haben. Es sollte eine Frage der Ehre des guten Ackerbauern sein, genau zu sein. Da braucht es kaum noch die Erwähnung, dass Wegränder in einer immer stärker genutzten Landschaft wichtige Rückzugsräume für die wilde Natur sind und keine Survival Camps für entstehende Round up-Resistenzen. Gelb sollte an dieser Stelle der Vergangenheit angehören – es ist nicht mehr zeitgemäß. Vor dreißig Jahren musste das schon meine Mutter akzeptieren, als der Simca irgendwann einfach stehen blieb, mitten auf der Kreuzung. Sie kaufte sich ein neues Auto, einen Derby, nicht ganz so gefällig in der Optik aber – schön grün. cs



unabhängige bauernstimme: bekennt Farbe

12/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221